

III. DER ERSTE WELTKRIEG

Um die politische Rolle und die publizistisch vertretene Position Fritz Gerlichs innerhalb des politischen Lebens im München der Kriegsjahre 1914–1918 verstehen zu können, bedarf es einiger vorausgehender Überlegungen und Untersuchungen über Entwicklung und Struktur des politischen Umfeldes, in dem er sich dabei bewegte. Für die Gerlich-Literatur gilt eine Entwicklung der politischen Anschauungen als gesichertes Erkenntnis, für die folgender Satz typisch ist: »Gerlich [...] stand politisch zunächst bei den Jungliberalen in der Nationalliberalen Partei, während des Ersten Weltkrieges hing er der alldeutschen Richtung an und kehrte in der Weimarer Zeit zu den Nationalliberalen zurück«¹. Eine solche Formulierung insinuiert Diskontinuitäten und Positionswechsel, die an der Wirklichkeit vorbeigehen. Die Lösung entsprechender Fragen ergibt sich aus einer Betrachtung der politischen und publizistischen Aktivitäten Gerlichs während des Weltkrieges von selbst.

1. POLITIKER IM ALLDEUTSCHEN UMFELD

Die Begeisterung, die auch in Bayern mit dem Kriegsausbruch einherging, und die durch die ersten Erfolge zunächst gestützt wurde, wich in weiten Bevölkerungskreisen bald einer Ernüchterung und emotionalen Normalisierung. Die einsetzende Lebensmittelverknappung und vor allem der Übergang zum Stellungskrieg am Ende des ersten Kriegsjahres taten ihre Wirkung. Ausgesprochene Kriegsziele hatte die breite Masse, zumal die Arbeiterschaft, ohnehin nicht. Das Kaiserwort vom 4. August, »Uns treibt nicht Eroberungslust«, bildete gleichsam das Paradigma des Volksempfindens – man wählte sich in einem Verteidigungskrieg.

Anders verlief die Entwicklung in den Kreisen der Intellektuellen. Hatten anlässlich der Jahrhundertfeier von 1913 noch die ›anti-alldeutschen‹ Stimmen der

¹H. WITETSCHEK, S. 42.

Warnung vor einem »verengenden Nationalismus« überwogen², setzte eine große Zahl deutscher Professoren im Sommer 1915 ihre Unterschrift unter die von Reinhold Seeberg, einem Berliner Theologen, verfaßte Kriegszieldenkschrift von unübersehbar alldeutschem Inhalt³. Neben weitreichenden Gebietserweiterungen (Einbehaltung Belgiens, Eroberung der französischen Kanalküste, Grenzverschiebungen in Ostpreußen, Schlesien und Polen, sowie Gewinnung von Lettland, Litauen und Estland, Kolonien in Zentralafrika und an der nordafrikanischen Mittelmeerküste) fordern die Unterzeichner vor allem die Brechung der englischen Seehoheit. Entgegen der rhetorischen Floskeln von der »Freiheit, die wir allen bringen werden« besteht die Denkschrift auf der Eintreibung von umfangreichen Kriegsentschädigungen (Frankreich und Rußland), der Enteignung französischen und belgischen Industriebesitzes⁴ und der Vertreibung der Bevölkerung aus den zu erobernden Gebieten im Osten. Vor allem in dieser Propagierung einer Enteignungs- und Austreibungspolitik schlägt sich der alldeutsche Einfluß auf die Denkschrift nieder⁵.

Die eigentliche Profession der Verfasser und Unterzeichner, die Pflege jenes eigentümlich unbestimmten ›deutschen Geistes‹, der in der Denkschrift als »Ursa-

²Vgl. KL. SCHWABE, S. 105f.

³Ein Exemplar der Denkschrift einschließlich der beiden zugehörigen Unterschriftenlisten findet sich im BayHStA IV, MKr 13391. Von den über 1.000 Unterzeichnern stammen 136 aus Bayern.

⁴Besonders dieser Punkt des Forderungskataloges zeugt von dem Einfluß industrieller Kreise auf die ›Intellektuellen‹-Denkschrift. »... d.h. daß die Herrn Großindustriellen die Fabriken in Belgien billig aufkaufen. Dafür sollen unsere Arbeiter kämpfen« war der empörte Kommentar des Historikers Hans Delbrück, der die Opposition gegen die Denkschrift in der Professorenschaft anführte, vgl. KL. SCHWABE, S. 128f.

⁵Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, hatte bereits in seiner Denkschrift vom September 1914 eine solche Brutalisierung des Krieges gefordert. Die Denkschrift von der Zensur unterdrückt und konnte erst im Jahre 1917 – im J. F. Lehmanns Verlag in München (!) – veröffentlicht werden.

che seiner [des deutschen Volkes, M.S.] Überlegenheit unter den Völkern« bezeichnet wird, ist mit der Kriegszielenkschrift endgültig in den Strudel jener ›Ideen von 1914‹⁶ geraten, aus dem sich mancher auch nach der ernüchternden Niederlage von 1918 nicht befreien konnte⁷.

a) Die bayerische Kanzlersturz-Bewegung

In Bayern unterschied sich die Lage insoweit vom Reich, als hier das Staatsoberhaupt selbst eindeutig Stellung in der Frage der Kriegsziele bezog. König Ludwig III. ließ keinen Zweifel daran, daß am Ende eines erfolgreichen Krieges eine Gebietserweiterung für Bayern stehen müsse⁸. Bei der Rede anlässlich des Kanaltages in Fürth am 6. Juni 1915 forderte er darüber hinaus einen »direkten Ausgang vom Rhein zum Meer«⁹, eine Äußerung, die nicht dazu angetan war, das neutrale Holland zu beruhigen. Ob es deshalb aber angemessen ist, die Haltung des Königs als »extrem annexionistisch« zu bezeichnen¹⁰, kann mit guten Gründen bezweifelt

⁶Die Frage nach den ideengeschichtlichen Zusammenhängen kann an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. Es sei daher verwiesen auf das Kapitel »Die Ideologie der ›Deutschen Sendung‹« in K. D. ERDMANN, *Der Erste Weltkrieg*, S. 148–155 und den vierten Teil (›Die philosophischen Ideen von 1914‹) in H. LÜBBE, *Politische Philosophie in Deutschland*, S. 173–238. Eine jüngere, um komparative Elemente erweiterte Darstellung des Problems bei H. MAIER, *Ideen von 1914 – Ideen von 1939?*

⁷Es ist bezeichnend, daß viele gerade derjenigen Intellektuellen, die sich in Forderungen nach rücksichtsloser Unterdrückung der Kriegsgegner im Falle eines Sieges nicht genug tun konnten, später zu den empörtsten Gegnern des ›Schmach- und Diktatfriedens‹ von Versailles gehörten.

⁸Ludwig dachte dabei an Gebietserweiterungen im Bereich Elsaß-Lothringen als Ausgleich für die 1871 von Bismarck verweigerten Ansprüche auf die rechtsrheinische Pfalz. Aus dieser Forderung ergab sich aus Gründen der Symmetrie Bayern-Preußen-Reich der Wunsch nach einer Annexion Belgiens.

⁹Zitiert nach Spindler IV/1, S. 369.

¹⁰So W. ALBRECHT, S. 155ff.

werden. Zu keinem Zeitpunkt hat Ludwig die Aktivitäten des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling ernsthaft konterkariert¹¹, der – mit einigen Abweichungen, die sich aus der spezifischen Interessenlage Bayerns begründeten¹² – die ›Politik der Diagonale‹ des Reichskanzlers unterstützte.

Die für das Reich bereits festgestellte Politisierung intellektueller Kreise vollzog sich in München zunächst sehr langsam. Karl Alexander von Müller schildert in seinen Erinnerungen, wie sich um bestimmte Personen kleine Diskussionszirkel bildeten, in denen die politischen Zeitfragen diskutiert wurden¹³. In einem dieser Kreise taucht im Januar 1915 auch Fritz Gerlich auf¹⁴, der soeben zum Kreisarchivassessor ernannt worden war¹⁵ und damit als etatsmäßiger königlicher Beamter eine gewisse gesellschaftliche Reputation erworben hatte. Der Kreis um den vormaligen bayerischen Verkehrsminister Heinrich von Fraunhofer und den Nationalökonom Edgar Jaffé umfaßte Mitglieder aus sehr unterschiedlichen politischen Lagern und blieb ein Debattierklub ohne öffentliche Ausstrahlung. Daß Gerlich als ausgesprochener Liberaler und Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei an solchen Besprechungen teilnahm, war keineswegs ungewöhnlich – eine nationalistisch gefärbte Übereinstimmung innenpolitisch sehr unterschiedlich situ-

¹¹Albrechts Beispiele für ein Eingreifen des Königs in die Außenpolitik Graf Hertlings sind wenig überzeugend.

¹²Es wird leicht übersehen, daß die Kriegszieldiskussion immer den Sieg des Reiches voraussetzte. Für die Bundesstaaten stellte sich daher die Frage, wie angesichts der in diesem Falle zu erwartenden Vergrößerung Preußens das föderale Gleichgewicht gewahrt werden könne.

¹³K. A. v. MÜLLER, Mars und Venus, S. 66ff.

¹⁴Ebd., S. 67.

¹⁵Ernennungsurkunde vom 23.12.14; BayHStA I, MK 36252.

ierter Personen scheint im Gegenteil ein Charakteristikum dieser Zirkel gewesen zu sein¹⁶.

Zeitgleich mit dem Aufkommen solcher Kreise gingen die Alldeutschen auch in München zielstrebig ihren Geschäften nach. Dreh- und Angelpunkt war dabei der Verleger Julius Friedrich Lehmann. Bereits im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung der Claß'schen Kriegsziel-Denkschrift¹⁷ im Herbst 1914 war Lehmann, ein Freund Claß' und Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes, den Zensurbehörden aufgefallen. Im März 1916 erschien, ebenfalls unter führender Mitwirkung Lehmanns ein Flugblatt ›Richtlinien für Wege zu einem dauernden Frieden‹, das seine Kriegszielforderungen mit der Aufforderung verband, bei der Gestaltung der Friedensbedingungen »sentimentale Rücksichten« zu vermeiden¹⁸. Unter den 91 Personen, die das Flugblatt unterschrieben hatten, befinden sich fast alle Namen, die in den folgenden Jahren in der Münchner Kanzlersturz-Bewegung eine Rolle spielen sollten. Neben den in alldeutschen Kreisen ohnehin bekannten Professoren Max von Gruber und Emil Kraepelin¹⁹ seien hier Professor von Amira, Dr. Oskar Blank, Ludwig Frühauf, der Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Anton Loeweneck, Vorstand des liberalen Kreisverbandes und Mitglied der Abgeordnetenkammer, Hofrat Rehm, Ausschußmitglied des Fortschrittlichen Volksvereins und Kommerzienrat Karl Stöhr genannt²⁰.

¹⁶Ein weiteres Beispiel für einen solchen Kreis ist der im Februar 1915 entstandene Verein ›Deutsche Wacht‹; vgl. D. FISCHER, S. 114f.

¹⁷Claß oben bereits erwähnte Denkschrift war auf Anregung des Auswärtigen Amtes und mit der Zustimmung des Reichskanzlers beschlagnahmt worden. Zum Vorgang: D. FISCHER, S. 125f., zum Inhalt der Denkschrift auch: KL. SCHWABE, S. 107f.

¹⁸Der Text des Flugblattes in BayHStA IV, MKr 13876.

¹⁹Von Gruber und Kraepelin hatten bereits zu den Unterzeichnern der Intellektuellen-Eingabe gehört.

²⁰Eine weitere Denkschrift aus München, die im März 1916 an den Reichskanzler gerich-

Mit der Diskussion über den unbeschränkten Einsatz der U-Boote im Krieg gegen England erhielt der Kampf gegen Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Frühjahr 1916 einen weiteren Impuls²¹. Ein Erlaß der Obersten Heeresleitung, der den U-Bootkrieg zu einer rein militärischen Angelegenheit erklärte und sie damit der politischen Diskussion zu entziehen trachtete²², konnte an dieser Tatsache wenig ändern. Die einschlägigen Kreise hatten sich mittlerweile formiert und waren nicht bereit, sich entsprechenden Anordnungen von politischer Seite zu beugen. Dies war umso einfacher, als die Gegner des Kanzlers im Alldeutschen Verband und seinen verschieden mehr oder weniger gut getarnten Satelliten über eine reichsweite Organisation verfügten, die auch die Geschehnisse in München fernsteuerte.

In der Literatur, die sich mit der Entwicklung der Kriegszieldiskussion und dem Entstehen der bayerischen Kanzlersturz Bewegung beschäftigt, nimmt der ›Volksausschuß für rasche Niederkämpfung Englands‹, an dem auch Fritz Gerlich beteiligt war, eine etwas unvermittelte Position ein. Es herrscht die These vor, die Münchener Kanzlerfronde sei ein relativ eigenständiges Gebilde gewesen, in dem alldeutscher Einfluß durch die Beteiligung einiger bekannter Mitglieder des All-

tet wurde, kann nicht ohne weiteres in eine Linie mit den sonstigen Bemühungen der Kanzlersturz-Bewegung gestellt werden. Sie beschäftigt sich ausschließlich mit der »Befreiung der ehemals deutschen Ostseeprovinzen«, also der Annexion Liv-, Est-, und Kurlands. Angesichts der Beschränkung der Annexionsforderungen und des insgesamt weniger aggressiven Tons der Eingabe, nimmt es nicht wunder, daß sich zur Unterzeichnung in diesem Fall auch Personen herbeiließen, die ansonsten nicht in alldeutscher Gesellschaft anzutreffen waren, neben den Zentrumsabgeordneten Matzinger, Orterer, Oswald, Walter und Walterbach, den Liberalen Casselmann, Günther, Müller-Meinigen und Schoen auch Erwein von Aretin und Carl Muth. Text und Namensliste: BayHStA IV, MKr 13878. Zur Bewertung und Einordnung: W. ALBRECHT, S. 161.

²¹Vgl. W. ALBRECHT, S. 162.

²²Das bayerische Kriegsministerium übernahm diesen Erlaß in Form einer Aufforderung an die Presse, sich in dieser Frage auf die Wiedergabe der amtlichen Nachrichten zu beschränken; BayHStA IV, MKr 13875.

deutschen Verbandes zwar spürbar, die in ihrer zentralen Institution aber keineswegs eine alldeutsche Filiale gewesen sei²³. Ursache dieser Fehleinschätzung ist die Tatsache, daß die Quellenbasis bezüglich des Volksausschusses sehr schmal ist und damit die Darstellung seiner Gründung und Arbeit in den Erinnerungen Karl Alexander von Müllers überbewertet wird. Dieser erweckt den Eindruck, als sei der Ausschuß im Juli 1916 analog zum Fraunhofer-Kreis des Vorjahres als unabhängiger Zusammenschluß politisch in unterschiedlichen Lagern stehender, aber national gesinnter Männer entstanden und als hätte er zunächst auch nur den Charakter eines mehr oder weniger harmlosen Debattierklubs gehabt²⁴. Zwar habe es persönliche Verbindungen auch zu Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes gegeben, der »in mancherlei Gruppen, die sich in Deutschland auftaten [...] als geheimer Motor« hineingewirkt habe. Dennoch sei der Ausschuß »alles eher als eine getarnte oder unbewußte alldeutsche Filiale«²⁵ gewesen. Diese Darstellung verschleiert die tatsächlichen Hintergründe und – durch die Zeitangabe – auch die Entwicklungsgeschichte der Münchner Kanzlersturzbewegung.

Nach der Abfassung der Intellektuellen-Eingabe hatte sich um einen der Organisatoren der Denkschrift, den Berliner Historiker Dietrich Schäfer, ein zunächst namenloser Ausschuß²⁶ gebildet, der sich der Propagierung jener Kriegsziele widmen sollte, die in der Eingabe formuliert worden waren. Schäfer, selbst Mit-

²³In diesem Sinne sowohl D. FISCHER, S. 144. als auch W. ALBRECHT, S. 164f. Am klarsten in dieser Frage noch Paul Hoser, der zumindest von einer Wahrscheinlichkeit spricht, daß der Alldeutsche Verband Initiator des Volksausschusses gewesen sei, ansonsten aber Karl Alexander von Müllers verharmlosende Formulierung vom »geheimen Motor« übernimmt; P. HOSER, *Münchner Tagespresse*, S. 43f.

²⁴K. A. v. MÜLLER, *Mars und Venus*, S. 125ff.

²⁵Ebd., S. 126.

²⁶Schäfer schreibt in seinen Memoiren: »Von Vereinsbildung und einem Namen hat man abgesehen, um nicht polizeilicher Anmeldepflicht genügen zu müssen«; D. SCHÄFER, *Mein Leben*, S. 169.

glied des Alldeutschen Verbandes und einiger seiner Filialen (Flottenverein, Wehrverein) scharte eine illustre Gruppe alldeutscher Professoren, Politiker und Wirtschaftsführer um sich, darunter die Hochschullehrer Reinhold Seeberg, Max v. Gruber und Eduard Meyer, Graf v. Westarp (Vorstandsmitglied der Konservativen Partei), Emil Kirdorf (der Direktor der Farbenfabriken Bayer & Co.), Gustav Stresemann (Syndikus des Sächsischen Industriellenverbandes), Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und den bayerischen Reichsrat Franz Buhl. Erst ab Juli 1916 trat die Gruppe unter dem Namen »Unabhängiger Ausschuß für einen Deutschen Frieden« auch öffentlich auf²⁷. Die Tätigkeit des Ausschusses verlief zunächst im Verborgenen. Für die propagandistische Arbeit wurden reichsweit Vertrauensmänner gewonnen, die bezüglich der Art ihrer Arbeit im Sinne der Ziele des Ausschusses relativ frei waren. In größeren Städten, auch in München, bildeten sich bald Ortsgruppen. Die Vertrauensmänner trafen sich in regelmäßigen Abständen zu Vollversammlungen, die meist in Berlin, gelegentlich aber auch in anderen Städten stattfanden²⁸.

In München trat der Ausschuß im Sommer 1916 erstmals öffentlich hervor. Am 26. Juli veröffentlichten die »Münchener Neuesten Nachrichten« eine kurze Notiz: »Eine Anzahl führender Männer Süddeutschlands haben sich nach dem Vorbilde des in Berlin gebildeten »Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden« in München ebenfalls zu einem Ausschuß zusammengeschlossen, der in Verbindung mit dem Berliner Ausschuß und unter dem gleichen Namen es sich zur Aufgabe machten, in der Bevölkerung Verständnis und Aufklärung für die großen Fragen der Gegenwart [...] zu bereiten«²⁹. Es wird dazu aufgerufen, »in allen Orten« entsprechende Gruppen zu bilden. Interessenten können bei der Geschäftsstelle,

²⁷Vgl. K.-H. SCHÄDLICH, S. 51.

²⁸So fand am 21.8.16 eine Vertrauensmännerversammlung in Stuttgart statt, an der auch die Münchner Ausschuß-Mitglieder teilnahmen; BayHStA II, MA I 968.

²⁹MNN Nr. 376 v. 26.7.16, S. 1f.

Schwanthalerstr. 11, Aufklärungsmaterial und Hilfe bei der Vermittlung von Räumlichkeiten erhalten. Am 29. Juli folgte die erste offiziell vom ›Unabhängigen Ausschuß‹ durchgeführte Veranstaltung in München, bei welcher der alldeutsche Publizist Ernst Graf Reventlow den Hauptvortrag hielt³⁰. Im Anschluß an diesen Vortrag fand am 30. Juli eine Vertrauensmänner-Versammlung des Ausschusses statt, die ebenfalls öffentlich bekannt geworden war³¹. Auf dieser vertraulichen Veranstaltung, an der 150 bis 200 persönlich eingeladene »führende Männer aus ganz Süddeutschland« teilnahmen, wurde auch der nächste Schritt der Kanzlersturz-Bewegung, eine Audienz beim bayerischen König, beschlossen³² und durch die Formulierung einer Denkschrift vorbereitet, deren strategischen Ausgangspunkt partikularistische bayerische Interessen bildeten, die nur durch ein entschiedenes Eingreifen des Königs mittels des Bundesratsausschusses für die Auswärtigen Angelegenheiten zu sichern seien. Diese Denkschrift³³ wurde nicht nur

³⁰Über den Vortrag, in dem Graf Reventlow so deutlich wie der im Saal anwesende Beamte der Zensurbehörde dies zuließ, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg forderte: MNN Nr. 383 v. 30.7.16. Ein ausführlicher Bericht auch in BayHStA, MInn 54015. K. A. v. Müller erweckt in seinen Erinnerungen den Anschein, als habe es sich bei dem Vortrag um eine Veranstaltung des ›Volksausschusses für rasche Niederkämpfung Englands‹ gehalten; K. A. v. MÜLLER, Mars und Venus, S. 128f.

³¹Die Einladung zur Veranstaltung – von Prof. Emil Kraeplin verschickt – war mit einem Begleitschreiben versehen, das die Namen einiger »führender Männer Süddeutschlands« unterschrieben hatten, darunter Prof. v. Gruber, Lehmann, die Landtagsabgeordneten Einhauser, Gebhardt, Loeweneck, Scharnagl und Schlittenbauer, der Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenvereins, Ludwig Frühauf, sowie »Assessor Dr. Gerlich«; Münchener Post Nr. 174 v. 28.7.16.

³²Vgl. B. KAULISCH, S. 104f.

³³BayHStA II, MA I 968, Bl. 38. Die Denkschrift ist nicht nur von den Teilnehmern an der Audienz beim König, sondern von weiteren Personen unterschrieben, die offensichtlich dem Unabhängigen Ausschuß angehörten. Für den Fortgang der Darlegung von Bedeutung ist die Tatsache, daß auch Fritz Gerlich und Karl Alexander von Müller die Denkschrift unterschrieben haben. Diese Tatsache steht in eindeutigen Widerspruch zur späteren Darstellung von Müllers: »So nahm ich keinen Anteil an der Abfassung der Denkschrift, noch an dem Zusammentreffen von etwa zweihundert Ver-

an den bayerischen König, sondern auch an die übrigen »hohen Landesherren« der deutschen Bundesstaaten versandt.

Die Audienz bei Ludwig III. fand am 5. August 1916³⁴ statt und verlief in freundlicher Atmosphäre. Der positive Eindruck der Audienzteilnehmer wurde erheblich getrübt, als sie feststellen mußten, daß Graf Hertling durch einen geschickten Schachzug die öffentliche Wirkung ihrer Intervention fast vollständig konterkarierte. Der Ministerpräsident lancierte einen Bericht in der Bayerischen Staatszeitung, der den Eindruck erweckte, der König habe die Delegation mit der Forderung, den zuständigen Stellen zu vertrauen, abgespeist³⁵. Da alle führenden Münchner Zeitungen den Bericht übernahmen³⁶ und Gegendarstellungen der Audienzteilnehmer durch die Zensur unterdrückt wurden, blieb die erhoffte öffentli-

trauensmännern aus ganz Bayern, die sie guthießen, noch an der Audienz selbst«, DERS., Mars und Venus, S. 131.

³⁴Abgesandte des »Unabhängigen Ausschusses« waren neben v. Gruber die Reichsräte Graf Preysing und Franz von Buhl, die Zentrumsabgeordneten Dr. Einhauser (MdL) und Dr. Pfleger (MdR), der Kaufmann Hübsch für die Fortschrittliche Volkspartei, Anton Löweneck für die Nationalliberalen und Luitpold Weilnböck als Vertreter der Konservativen. Diese Politikergruppe wurde ergänzt durch den Oberlandesgerichtsrat Rohrer, Geh. Kommerzientrat Fromm und den Bankdirektor Wilhelm Seitz. Zu Beginn der Audienz verlas Max von Gruber eine modifizierte Form der an alle Bundesfürsten gerichteten Denkschrift. Text dieser Denkschrift: BayHStA II, MA I 967, Bl. 5.

³⁵Bayerische Staatszeitung Nr. 181 v. 6.8.16.

³⁶Die sozialdemokratische Münchner Post, die ihren Bericht mit einem hellsichtigen Hinweis auf die alldeutschen Umtriebe in München begann (»Zwei Invasionen sind im heurigen Sommer über unser Bayernland hereingebrochen: eine Invasion der Sommerfrischler und eine der alldeutschen Englandtöter«), hatte die Stoßrichtung des Unabhängigen Ausschusses erkannt und versuchte die Wirkung des offiziösen Berichts in der Staatszeitung noch zu verstärken: »Die Sprache dieses Berichtes ist sehr deutlich: König Ludwig hat die Herren Alldeutschen höflich hinauskomplimentiert ... Und somit ist der erste Versuch der Alldeutschen, die Bundesfürsten gegen die Politik des Reichskanzlers mobil zu machen, schmäählich mißglückt«; Münchner Post, Nr. 183 v. 8.8.16.

che Wirkung der Aktion aus. Erbitterte Versuche, den wirklichen Verlauf der Veranstaltung und die offensichtlichen Sympathien, die der König für die Sorgen und Anliegen der Teilnehmer gezeigt hatte, doch noch öffentlich zu machen, indem man ein – nachträglich angefertigtes – Protokoll in Berliner Regierungs- und Diplomatenkreisen kursieren ließ, konnten an der eingetretenen Situation nicht mehr viel ändern, führten im Gegenteil zu einer anhaltenden Verärgerung von Hertlings³⁷.

Durch das geschickte Taktieren von Hertlings wurde aus der Audienz nicht der geplante Höhe-, sondern eher der vorläufige Endpunkt der kanzlerstürzlerischen Offensive in Bayern. Dies umso mehr, als auch das Kriegsministerium und dort besonders der Pressereferent, Alfons Falkner von Sonnenburg, Gegenmaßnahmen einleitete. Den Auftakt bildete dabei ein internes Memorandum des Pressereferenten, in dem er auf die Gefahr der Kanzlersturz-Bewegung hinwies³⁸. Eine weitere Veranstaltung mit Gottfried Traub – wie Gerlich Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter und später Herausgeber der deutschnationalen München-Augsburger Abendzeitung – wurde von der Zensur verboten³⁹. Am 23. August erhielt die Polizeidirektion eine anonyme Anzeige, daß der Geschäfts-

³⁷Das Protokoll trug den Titel »Einige Streiflichter aus der am 5. August 1916 vormittags statthabenden Audienz bei Seiner Majestät König Ludwig III. in München«, BayHStA II, MA I 967, Bl. 43. Hertling war über das Vorgehen der Audienz-Teilnehmer empört, mußte gleichzeitig aber zugeben, daß vor allem die Äußerungen des Königs zutreffend wiedergegeben waren, da dieser »den empfangenen Herren ein zu weit gehendes Vertrauen geschenkt und auf ihre Diskretion gerechnet« habe; Hertling an Lerchenfeld, BayHStA II, MA I 967, Bl. 46). Lerchenfeld ist es dann in der Folgezeit gelungen, in Berlin die Sache gerade zu biegen (Lerchenfeld an v. Hertling, BayHStA II, MA I 967, Bl. 56).

³⁸BayHStA IV, MKr 13880.

³⁹Kriegsministerium an Rehm, 1.8.16, BayHStA II, MA 95148. Die Veranstaltung kam am 18. September dann doch zustande, nachdem sich der Volksausschuß verpflichtet hatte, alle Auflagen des Kriegsministeriums (keine Diskussion, Zensur des Vortragstextes und aller Presseberichte) zu erfüllen; Prinz zu Löwenstein an Kriegsministerium, 12.9.16, BayHStA II, MA 95148..

führer des Handlungsgehilfenvereins, Ludwig Frühauf zusammen mit Oskar Blank und dem Kommerzienrat Stöhr im Auftrag des ›Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden‹ verbotene Flugschriften versende⁴⁰. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurden neben mehreren Kisten mit annexionistischen Druckschriften auch vier Vervielfältigungsapparate beschlagnahmt⁴¹. Der Zensurstelle war somit ein Schlag gelungen, der dazu angetan war, die Münchner Kanzlersturz-Bewegung in erhebliche Bedrängnis zu bringen. Die Strategie war bisher ganz darauf ausgerichtet gewesen, auch nur den Anschein alldeutscher Beeinflussung zu vermeiden. Man hatte sich ganz auf die Linie der von vaterländischer Besorgnis getriebenen »führenden Männer Süddeutschlands« verlegt und damit sicher auch manchen Politiker, der sich für einzelne Aktionen einspannen ließ, hinters Licht geführt⁴².

Den Vertrauensmännern des ›Unabhängigen Ausschusses‹ war aber bereits nach der erfolglosen Audienz klar geworden, daß sie ihre Taktik überdenken mußten. Auf einer überregionalen Versammlung des Ausschusses am 21. August in Stuttgart berichtete Oskar Blank über die Planungen des Münchner Kreises⁴³. Man sei dort zu der Überzeugung gekommen, ›daß es taktisch sogar falsch sei, sich über die Kriegsziele jetzt schon zu unterhalten‹. Vielmehr komme es darauf

⁴⁰Anonyme Anzeige mit Eingangsstempel der Polizeidirektion vom 23. August 1916; BayHStA IV, Stv.Gen.Kd.I.A.K. 1710.

⁴¹Die Zentrale, von denen aus der Flugschriftenversand erfolgte, befand sich im Haus des Kommerzienrates Stöhr in der Schwanthalerstr. 11. Es handelt sich also um dieselbe Adresse, unter der zunächst der ›Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden‹ und später der ›Volksausschuß für rasche Niederkämpfung Englands‹ residierte.

⁴²So nahm der Zentrumsabgeordnete Schlittenbauer entgegen der Ankündigung an der Audienz beim König nicht teil und wandte sich in der Folgezeit ganz von der Annexionsrichtung ab, vgl. W. ALBRECHT, S. 165.

⁴³Bericht über die Versammlung des »Unabhängigen Ausschusses zur Erkämpfung eines deutschen Friedens, BayHStA II, MA I 968, Bl. 60, S. 8f.

an, in der Bevölkerung das Bewußtsein zu fördern, daß nicht etwa Rußland, sondern einzig England der Hauptfeind im Kriege sei und die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges daher unabdingbar sei. Der ebenfalls anwesende Graf Preysing sprach die Gründe für diese Notwendigkeit noch ehrlicher aus: »Nehmen wir den rücksichtlosen Krieg gegen England nicht beizeiten auf, dann verlieren wir den Krieg, weil wir auf dem Festland kaputt werden«⁴⁴.

Um die Abwendung von Annexions- und Kriegszielforderungen und die Konzentration auf die Propaganda für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg auch nach außen zu dokumentieren, gab sich der Kreis ab Mitte September einen neuen Namen: ›Volksausschuß für rasche Niederkämpfung Englands‹⁴⁵. Daß sich mit dieser Namensgebung auch die Möglichkeit verband, eine gewisse Distanz zu den allerorten geschmähten Alldeutschen zu signalisieren, war sicher nicht nur ein angenehmer Nebeneffekt⁴⁶. Im Gegensatz zum ›Unabhängigen Ausschuß‹ verzichtete der ›Volksausschuß‹ von Beginn an auf Geheimhaltung und Tarnung. Bereits am 18. September⁴⁷ erschien in der München-Augsburger Abendzeitung

⁴⁴Ebd., S. 17.

⁴⁵Die Namensänderung – genauer gesagt, die Kreation eines Alias-Namens – hinderte nicht, daß einzelne Mitglieder gelegentlich auch unter dem ursprünglichen Namen Eingaben an offizielle Stellen machten; vgl. Kraepelin an Staatsministerium des Kgl. Hauses und Äußeren vom 18.7.17, BayHStA II, MA 97573.

⁴⁶Die Täuschung setzt sich in fast allen Publikationen bis heute fort; vgl. z.B. D. FISCHER, W. ALBRECHT, W. Zorn, S. 95. Selbst H. HAGENLÜCKE, S. 231, der auch die Archive der ehemaligen DDR auswerten konnte, hält den Volksausschuß für ein im Juli 1916 gegründetes und vom alldeutschen Unabhängigen Ausschuß unterscheidbares Phänomen. Konstruiert und abwegig seine Herleitung der Münchner Kanzlersturz Bewegung aus der Rassenhygiene. Richtig eingeordnet und datiert wird der Volksausschuß nur bei H. W. GATZKE, S. 145, und B. KAULISCH, S. 105. Ein Blick in den SCHULTHESS, 57/I, S. 428, hätte auf die richtige Spur führen können: dort ist die Gründung des Volksausschusses unter dem 19. September vermerkt.

⁴⁷Bereits am 6. September hatte Max v. Gruber einen Brief an das Kriegsministerium, in dem er die Rückgabe der bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmten Materialien forderte, im Namen des ›Volksausschusses für rasche Niederkämpfung Englands‹ unter-

ein Aufruf⁴⁸, der die politischen Ziele, genauer das e i n e politische Ziel des Ausschusses plausibel zu machen versucht, wobei großer Wert auf die Tatsache gelegt wird, daß der Ausschuß keinerlei »innenpolitische Absichten, Kriegsziele oder Sonderinteressen« hat. Die Unterschriftenliste am Ende dieses Aufrufs beseitigt die letzten Zweifel an der These, daß es sich beim Volksausschuß für rasche Niederkämpfung um alten Wein in neuen Schläuchen handelte⁴⁹. Die Tätigkeit des Volksausschusses beschränkte sich in den folgenden Monaten auf einige Vortragsveranstaltungen⁵⁰ und die Herausgabe eines kleinen Informationsblattes⁵¹. Da

schrieben; v. Gruber an Kriegsministerium, 6.9.16, BayHStA IV, Stv.Gen.Kd.b.I.A.K. 1710, Bl. 78. Die Verhandlungen über die Herausgabe zog sich noch längere Zeit hin. Die Flugschriften wurden einbehalten, die Gerätschaften im März 1917 an einen Vertreter des Volksausschusses herausgegeben; Vollmacht des ›Volksausschusses für rasche Niederkämpfung Englands‹ v. 5.3.17, BayHStA IV, MKr 14003. Unterschrieben ist die Vollmacht von Ludwig Frühauf, der offensichtlich auch für den Volksausschuß als Geschäftsführer tätig war.

⁴⁸München-Augsburger Abendzeitung Nr. 513 v. 18.9.16, S. 3.

⁴⁹Vergleicht man die Unterschriftenliste mit derjenigen der Einladung zur Reventlow-Veranstaltung, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Von den 21 Namen, die seinerzeit für den Unabhängigen Ausschuß geworben hatten, finden sich 19 nun auch als Vertreter des Volksausschusses. Erweitert ist der Kreis um Karl Alexander von Müller, Reichrat von Buhl, Graf Preysing, Kommerzienrat Seitz und die Abgeordneten Hübsch, Fromm, Pflieger und Weilnböck. Nicht auf der Liste erscheint Cajetan Freund, was angesichts der Tatsache, daß Freund zu dieser Zeit noch als Chefredakteur der München-Augsburger Abendzeitung fungierte, nicht weiter verwunderlich ist.

⁵⁰Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten über eine Veranstaltung, bei der Prof. Eduard Meyer über die englische und amerikanische Weltmachtspolitik sprach. In der Einleitung zum Vortrag versuchte v. Gruber die Namensänderung des Ausschusses auch als programmatische Veränderung im Sinne einer weiteren parteipolitischen Öffnung darzustellen: »Die Umbildungen unserer Gruppe waren einzig von dem Gedanken geleitet, aus unserem Programm alles auszuschneiden, was Angehörige der linksstehenden Parteien abschrecken konnte, sich uns anzuschließen«. Gleichzeitig muß er aber zugeben, daß Sozialdemokraten im Ausschuß weiterhin fehlen; MNN 536/1916. Wenn Müller den Eindruck erweckt, als wären auch Sozialisten wie David oder Lensch Mitglieder des Ausschusses gewesen, so zeigt dies einmal mehr, daß seine Memoiren apologetischen Charakter haben, sobald die eigene Person ins Spiel kommt;

beide Aktivitäten der Überwachung und Reglementierung durch die Zensur unterstanden, braucht ihre Wirksamkeit nicht allzu hoch eingeschätzt werden. Mit der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 verlor der Ausschuß dann seinen eigentlichen Sinn⁵². Erst die Friedensresolution des Reichstages brachte neues Leben in die Münchner Kanzlerfronde – eine weitere Metamorphose des Kreises um Prof. v. Gruber stand vor der Tür.

b) Die Deutsche Vaterlandspartei

Als Gegenreaktion auf die unter der Führung des Zentrumsabgeordneten Mathias Erzberger zustande gekommene Friedensresolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 wurde am 2. September in Königsberg die Deutsche Vaterlandspartei gegründet. Als Gallionsfiguren dienten dabei Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und Großadmiral von Tirpitz, im Hintergrund wirkte vor allem der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp⁵³. Die Forderungen der Vaterlandspartei stellen eine gemäßigte Form des alldeutschen Programms dar: Anne-

vgl. K. A. v. MÜLLER, Mars und Venus, S. 125.

⁵¹Unter dem Titel ›Münchener Mitteilungen‹ erschienen zwei gedruckte Ausgaben einer kleinen Zeitung, die wahrscheinlich bei Veranstaltungen ausgelegt und an Interessenten verschickt wurde. Neben kurzen programmatischen Artikeln handelte es sich im wesentlichen um eine Presseschau. Ein Exemplar befindet sich bei den Akten im BayHStA IV, MKr 14003.

⁵²Ende März 1917 erschien in der München Augsburgener Abendzeitung eine kurze Notiz: ›Der ›Volksausschuß für rasche Niederkämpfung Englands‹ ersucht uns, mitzuteilen, daß er beisammenbleibe, obgleich sein nächstes Ziel erreicht sei: ›Dank dem großen Entschlusse unseres Kaisers und unserer obersten Heeresleitung haben unsere Tauchboote nunmehr freie Bahn ...‹; vgl. München-Augsburger Abendzeitung Nr. 166 v. 26.3.17.

⁵³Die Bedeutung Kapps als eigentlicher Motor der Vaterlandspartei hat H. HAGENLÜCKE in seiner Arbeit über die Deutsche Vaterlandspartei auf der Grundlage bisher nicht genutzter Quellen (Nachlaß Kapp) überzeugend dargelegt.

xionen im Westen (reduziert auf die Erzgebiete Longwy und Briey) und Osten, eine Schutzmachtstellung über Belgien und umfangreiche Kriegsschädigungen um Deutschland seinen »Platz an der Sonne« (Tirpitz) zu sichern⁵⁴. Die Geschichte der Gründung des ›Landesvereins Bayern der Deutschen Vaterlandspartei‹ verdeutlicht aber, daß die Vaterlandspartei auch innenpolitische Ziele hatte. Dem bekannten, am 2. Oktober 1917 – »an Hindenburgs 70. Geburtstag« – ergangenen Aufruf des Landesvereins, der das überparteiliche Moment stark hervorzuheben sucht, ging eine, angesichts der öffentlichen Reaktion hastig zurückgezogene erste Version voraus, die sich in heftiger Polemik gegen die Reichstagsmehrheit erging und eine Zurückstellung aller Verfassungsfragen für die Zeit nach dem ›Siegfrieden‹ forderte⁵⁵.

Die Vorstandschaft und auch die Liste der Unterzeichner des Aufrufes der neuen, ›überparteilichen‹ Partei zeigt, daß die bayerische Filiale der Vaterlandspartei im wesentlichen nur ein neues Etikett für ein altbekanntes Produkt darstellte. Den Vorsitz hatten der Reichsrat Franz von Buhl, der Landtagsabgeordnete Robert Einhauser und der unvermeidliche Max von Gruber inne und unterzeichnet war der Aufruf von den vormaligen Mitgliedern des ›Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden‹ und des ›Volksausschusses für rasche Niederkämpfung Englands‹⁵⁶. Weitere Mitglieder waren vor allem aus anderen Städten Bayerns (vor allem aus Nürnberg und Augsburg) gewonnen worden⁵⁷. Um dem Eindruck zu begegnen, es handele sich bei der Deutschen Vaterlandspartei um einen Bund

⁵⁴K. WORTMANN, S. 41, bezüglich der Kriegsziele: EBD., S. 79ff.

⁵⁵Hierzu: Münchner Neueste Nachrichten Nr. 496 v. 1.10.17.

⁵⁶Der Aufruf (ganzseitig) erschien unter anderem in der Münchener Zeitung Nr. 271 v. 2.10.17.

⁵⁷Im Gegensatz zu den beiden früheren Ausschüssen der Kanzlerfronde engagierten sich diesmal auch die Herausgeber und Mitarbeiter der ›Süddeutschen Monatshefte‹, neben Karl Alexander von Müller auch Ludwig Thoma und Josef Hofmiller. Paul Nikolaus Cossmann zog es dagegen weiterhin vor, im Hintergrund zu bleiben.

von Professoren, adeligen Großgrundbesitzern und Industriellen, wurde bei der Zusammensetzung der Ortsgruppen der Partei Wert auf eine größere soziale Pluralität gelegt. So weist ein Aufruf der Münchner Ortsgruppe einen Schreiner, einen Werkzeugmacher⁵⁸, einen Kunstmaler, einen Glasermeister, einen Rechtsanwalt und einen Stadtpfarrer auf⁵⁹. Obwohl die Vaterlandspartei eine neue Geschäftsstelle bezog, blieb der Öffentlichkeit nicht verborgen, daß sie bei der angestrebten Eroberung Bayerns »auf ihren Stützpunkt in der Schwanthalerstraße« vertrauen konnte⁶⁰.

Die Vaterlandspartei war ihrem Selbstverständnis nach eine Sammlungsbewegung: »Noch einmal, wie in jenen großen Tagen des August, laßt alle Unterschiede des Standes, der Partei, der Konfession vergessen sein!«⁶¹. In Wirklichkeit war ihre Agitation einer der Faktoren, die zur endgültigen Aufkündigung des im August 1914 geschlossenen Burgfrieden führten. Die von der Partei durchgeführten Vortragsveranstaltungen wurden geradezu zum Symbol dieser auseinanderstrebenden Tendenzen in der Bevölkerung. Immer häufiger kam es zu – teilweise auch gewalttätigen – Ausschreitungen. Daß es sich bei den Demonstranten meist um Soldaten und Kriegsversehrte handelte, machte es den Veranstaltern fast unmöglich, sich mit den Störern aggressiv auseinanderzusetzen – man kann wohl davon ausgehen, daß dieser Umstand von den USPD-Gruppen bewußt eingesetzt wurde.

In der propagandistischen Hochphase der Vaterlandspartei – vom Herbst 1917 bis zum Frühjahr 1918 – war unübersehbar, daß ihr im Gegensatz zu den vorherigen Kanzlersturz-Kreisen erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung standen. Da

⁵⁸Bei dem Werkzeugmacher handelt sich um Anton Drexler, dem Gründer der DAP.

⁵⁹Münchener Zeitung Nr. 313 v. 13.11.1917.

⁶⁰Münchner Post Nr. 263 v. 12.11.17.

⁶¹Aufruf des Landesvereins Bayern der Deutschen Vaterlandspartei; Münchener Zeitung Nr. 271 v. 2.10.17.

sie darüber hinaus die Sympathie der Obersten Heeresleitung und des Reichskanzlers genoß, schien es kurze Zeit, als könnte ihr eine weitgehende Sammlung und Aktivierung zumindest des bürgerlichen Lagers gelingen. Spätestens mit dem Scheitern der Frühjahrsoffensive 1918 wurde deutlich, daß dies nicht der Fall war⁶².

Für Fritz Gerlich, dessen Aktivitäten für den Landesverein Bayern der Deutschen Vaterlandspartei sich auf einige Vorträge in der Provinz beschränkt zu haben scheinen⁶³, muß die Situation im Sommer 1917 unbefriedigend gewesen sein. Aufgrund seiner gesellschaftlichen Stellung kam er für eine führende Stellung in der Vaterlandspartei, die auf große Namen Werte legte, nicht in Frage⁶⁴.

⁶²Vgl. K. D. ERDMANN, *Der Erste Weltkrieg*, S. 210f.

⁶³In den Quellen hat sich diese Tätigkeit nicht direkt niedergeschlagen. Aus einer Anschuldigung Ludwig Quiddes, der Gerlich nach dem Krieg als »früher bezahlten Agitator der Vaterlandspartei« bezeichnete, kann aber auf eine solche Tätigkeit geschlossen werden; vgl. *Münchner Post* Nr. 134 v. 13.9.20.

⁶⁴Im Arbeitsausschuß der Vorstandschaft der Ortsgruppe München der Deutschen Vaterlandspartei findet sich der Name Gerlichs nicht, dafür aber der Name Anton Drexler, Werkzeugmacher, der bald eine weitere Partei gründen sollte. Gerlichs Behauptung einer der Mitbegründer der Partei gewesen zu sein, scheint sich also auf die Unterschrift des Gründungsaufrufes beschränkt zu haben. Daß es innerhalb des gemäßigten Flügels der Münchner Alldeutschen erhebliche Reserven gegenüber der Vaterlandspartei gab und man sich nur sehr zögernd zu einer Unterstützung dieser Bewegung entschloß, bezeugt auch EMIL KRAEPELIN in seinen Lebenserinnerungen; *DERS.*, S. 193. Da Gerlich bei der Formulierung des Aufrufs für die Unterstützung der Vaterlandspartei eng mit Kraepelin zusammenarbeitete, kann man durchaus davon ausgehen, daß er diese Vorbehalte geteilt hat; Vgl. *Illustrierter Sonntag* Nr. 34 v. 23.8.1931, S. 4.

2. DER EINSTIEG IN DIE PUBLIZISTIK

a) Der Kreis um die Süddeutschen Monatshefte

Die Mitgliedschaft im Fraunhofer-Kreis hatte Gerlich den Kontakt zu den ›Süddeutschen Monatsheften‹ und ihrem Herausgeber Paul Nikolaus Cossmann eingebracht, eine Verbindung, die zunächst lose blieb, nach Kriegsende seinen Lebensweg aber entscheidend beeinflussen sollte. Die Monatshefte waren 1903 von Josef Hofmiller, Friedrich Naumann, Hans Pfitzner, Hans Thoma und Cossmann als dezidiert anti-berlinerisches⁶⁵ Organ zur »Betonung des süddeutschen Elementes in der Kultur«⁶⁶ gegründet worden und hatten sich neben dem ›Hochland‹ und Avenarius' ›Kunstwart‹ bald einen festen Platz unter den in München erscheinenden Monatsschriften erworben. Unter dem Eindruck des Kriegsausbruchs entdeckte auch Cossmann, seit langem schon der unangefochtene Herr der Zeitschrift⁶⁷, sein patriotisches Herz: »Wir hatten geglaubt, Deutschland zu lieben, und sehen nun, daß wir n u r Deutschland lieben« schrieb er im Editorial des Septemberheftes 1914. Mit der ihm eigenen Kompromißlosigkeit stellte Cossmann die Monatshefte nun ganz in den Dienst dieser Vaterlandsliebe. Die bisherigen, rein kulturell orientierten Inhalte traten an den Rand der Zeitschrift, jedes Heft bekam ein mit dem Kriegsgeschehen in direktem Zusammenhang stehendes Thema. Selbst der Name der Zeitschrift (›Kriegshefte der Süddeutschen Monatshefte‹) signalisierte in der Folge die besonderen Zeitverhältnisse.

Das ganze Ausmaß der Kriegsbegeisterung der Monatshefte läßt sich am besten anhand einiger Zitate belegen. In der Herausgeber-Kolumne des Septemberheftes 1914 kann man lesen: »Nun lernen wir Jüngeren die Schrecken des Krieges ken-

⁶⁵Vgl. W. SELIG, Cossmann, S. 28.

⁶⁶W. SELIG, Cossmann, S. 19,

⁶⁷Die Redaktion war in Cossmanns Privatwohnung in der Königstraße 103 untergebracht.

nen [...] Was wir uns nicht vorgestellt hatten, was wir gelernt haben von einer Stunde zur anderen, das ist die Größe des Krieges [...] Wir hatten geglaubt, er sei der Sieg des Körpers über den Geist, und sehen nun, daß er der Sieg des Geistes über den Körper ist [...] Dieser schönste Verteidigungskrieg, den je ein Volk geführt – das ist dem blödesten Auge offenbar, seit England mit Rußland verbündet ist – gilt nicht nur Deutschland, gilt der ganzen Kultur. Der Kultur dienen, heißt jetzt, dem Krieg dienen. [...] Wir wollen siegen oder alle untergehen, alle«⁶⁸. Dieser pathetische Ton setzt sich in einem Aufruf Karl Theodor Heigels, Gerlichs Doktorvater, »An die akademische Jugend!« fort: »Nach dem erlösenden Wort des Kaisers kam es wie ein Pfingsten über die deutschen Lande. Es geschah ein Brausen vom Himmel als eines gewaltigen Windes und erfüllte das ganze Volk, so daß Alle einmütig bei einander waren im Geiste!«⁶⁹. Die an Blasphemie grenzende religiöse Diktion erreicht in einem Beitrag ›Der deutsche Gott‹ des Hamburger Historikers Max Lenz ihren Gipfelpunkt: »Selig aber preisen wir uns, daß wir auch diese Zeit noch sehen durften. Selig selbst dann, wenn alles vergebens wäre, wenn der Schwall der Feinde unser mächtig werden und die deutsche Nation ausgelöscht werden sollte. Auch dann noch wäre unser letzter Seufzer ein Dank gegen Gott. Denn Gott würde uns dann dargestellt haben als ein ewiges Beispiel für das was Treue ist; eine Predigt würde unser Todeskampf sein, die durch die Jahrtausende hallen würde«. Aber zum Glück kann es soweit ja nicht kommen: »Aber wir brauchen uns ja nicht zu ängstigen. Wir werden ja siegen, weil wir siegen müssen: weil Gott die Seinen nicht verlassen kann«⁷⁰.

⁶⁸»Krieg«, SM 9/1914, S. 769f.

⁶⁹SM 9/1914, S. 777. Heigel erhofft sich von dem pfingstlichen Gemeinschaftserlebnis des Krieges eine Überwindung der alten Klassengegensätze: »Eine gerechtere Verteilung des Gewinnes muß die unnatürlichen Schranken zwischen Arbeitern und Arbeitgebern niederreißen«; S. 779.

⁷⁰Ebd., S. 822.

Die eigentliche Spitze der Kriegs- und Nationsmetaphysik bringt dann Karl Alexander von Müller auf den Punkt, wenn er der Gefahr mangelnder nationaler Geschlossenheit vorbeugt und auch die Süddeutschen unter den ›himmlischen Schutz preußischer Patrone‹ stellt: »Aber die den Reigen der Kämpfenden oben jetzt für uns anführen, das ist der mächtige Alte aus dem Sachsenwalde, [...] und jener stählern schneidige Friedrich [...] Um alles Edle, Große, Zukunftsvolle kämpfen wir, wenn wir mit unserem Kaiser heute den Schlachruf des großen Preußen anstimmen: In Staub mit allen Feinden Brandenburgs«⁷¹.

Allen Beiträgen gemeinsam ist die Hoffnung auf eine dauerhafte Milderung der inneren Spannungen Deutschlands, wobei auch hier die nationale Begeisterung Hochkonjunktur hat: »Der Streit der Konfessionen wird und soll nicht aufhören. Denn es ist die Bestimmung der Deutschen, in alle Tiefen der Erkenntnis hinabzusteigen: Gottsucher waren wir von jeher, und wollen es bleiben«⁷².

Man würde den Überzeugungen Cossmanns und seiner Mitarbeiter aber nicht gerecht werden, wenn man die Monatshefte schlichtweg als alldeutsche Zeitschrift bezeichnen würde⁷³. Zwar verharmlost Selig die Tatsachen, wenn er – Karl Alexander von Müller zitierend – behauptet, man habe in den Monatsheften »ab und zu alldeutsche Mitarbeiter zu Wort kommen lassen«⁷⁴. Die von ihm beigebrachten Argumente, daß Cossmann weder mit den annexionistischen Extremzielen der Alldeutschen übereingestimmt, noch ihre sofort bei Kriegsende vorgetragenen einseitigen Vorwürfe an die Sozialdemokratie geteilt habe, lassen sich nicht ohne weiteres beiseite schieben. Bezüglich der recht langen Einhaltung des Burgfriedens, der im Gegensatz zur unmittelbar nach Kriegsbeginn einsetzenden Hetze des

⁷¹»An Preußen« von K. A. v. Müller, Ebd., S. 828.

⁷²Ebd., S. 882.

⁷³So KL. v. KLEMPERER, S. 122.

⁷⁴W. SELIG, Cossmann, S. 144.

Alldeutschen Verbandes gegen Bethmann steht⁷⁵, ist Selig zuzustimmen. Daß Cosmman aber nach einer kurzen Phase der Selbstkritik in den Tenor des ›Dolchstoß‹-Vorwurfes einstimmt, beweist der von ihm initiierte gleichnamige Prozeß des Jahres 1925 aufs deutlichste.

In den so skizzierten Kontext hinein veröffentliche Gerlich in den Jahren 1915 bis 1917 einige Artikel in den Monatsheften⁷⁶. Bereits der erste im Mai 1915 gibt die Marschrichtung dieser Artikel wieder. Unter dem Titel ›Das Geheimziel der englischen Politik‹ versucht Gerlich nachzuweisen, daß England bereits in der Auseinandersetzung mit Napoleon 100 Jahre zuvor seine außenpolitischen Optionen einzig unter dem Gesichtspunkt der kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die englische Handelsbilanz gewählt habe: »Englands Ziel im Kampfe gegen Frankreich war, die Stellung als monopoleur universel zu erringen, wie Büsch sagt. Als Mittel dazu boten sich ihm 1. Die Vernichtung aller außerenglischen Kriegsflotten, 2. Die Vernichtung aller außerenglischen Handelsflotten, 3. Die Eroberung der außerenglischen Kolonien, 4. Die Ruinierung des Wirtschaftslebens der außerenglischen Staaten durch fortdauernde Kriege und infolgedessen Menschen- und Güterverluste«⁷⁷. Das Geheimziel der englischen Politik ist also »die Vernichtung des nichtenglischen Wirtschaftslebens«⁷⁸. Gerlich ist jedoch optimistisch, daß England im Unterschied zu den napoleonischen Kriegen diesmal nicht erfolgreich sein wird. Diese Hoffnung gründet sich auf die Tatsache, daß der englischen Seehoheit in Gestalt der deutschen Unterseeboote eine ernsthafte Ge-

⁷⁵Ebd., S. 143.

⁷⁶Die Artikel, die Gerlich in den Jahre 1918/19 für die Süddeutschen Monatshefte verfaßte, und die sich ausschließlich mit dem Themenkomplex Kommunismus/Bolschewismus beschäftigten, werden im Kapitel ›Die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus‹ in die Darstellung einbezogen.

⁷⁷FR. GERLICH, Geheimziel, S. 277.

⁷⁸Ebd., S. 281.

fahr erwachsen sei: »Der Unterseebootkrieg bedroht England selbst gerade in dem Punkte, in dem Napoleon absolut erfolglos blieb, mit großem Erfolg: im freien Seeverkehr seiner Kriegs- und Handelsschiffe. Selbst wenn wir die Bedeutung dieser Waffe so gering als möglich einschätzen, das eine ist unbestreitbar: [...] Englands Flotten sind in englischen Gewässern geschädigt worden«⁷⁹.

Diese an Sombarts England-Beschimpfung in ›Händler und Helden‹ erinnernde Apologetik wird in einem Artikel im Juni 1916 über ›die amerikanische Politik bis zum Kriege‹ auch auf Amerika ausgedehnt, dessen Kriegseintritt ja als Damoklesschwert über der deutschen Kriegsplanung schwebte. In Anlehnung an einen Bismarcksatz, daß ein Staat sich mit denjenigen Mitteln, durch die er geschaffen ist, weiterentwickeln müsse, deutet Gerlich die »brutale Gewalt«, mit der die amerikanischen Siedler den Eingeborenen das Land abgezwungen hätten, in Verein mit der Monroe-Doktrin als Zeichen, daß der »amerikanische imperialistische Expansionsdrang«⁸⁰ letztlich auf den Anspruch einer weltumfassenden Herrschaft hinauslaufe.

Beschreiben diese ersten Artikel vor allem mit den Mitteln des historischen Vergleichs den angelsächsischen Imperialismus, so wendet sich Gerlich in der zweiten Reihe seiner Beiträge für die süddeutschen Monatshefte der Frage nach den Ideen zu, die bei der Durchsetzung dieser Politik für England (und Amerika) nützlich sind: der Freihandel und der Entwicklungsgedanke.

»Der Freihandel ist der Friede«⁸¹ zitiert Gerlich in seinem Beitrag über den ›englischen Freihandel‹ Lujo Brentano, den wohl einflußreichsten Vertreter der Freihandelsidee in Deutschland. Aus dem Blickwinkel des historisch und nationalökonomisch gebildeten Alldeutschen stellt sich die Situation jedoch ganz anders dar. Der Freihandel diene im Gegenteil dazu, »ein Volk, dessen Wehrkraft nicht zu

⁷⁹Ebd., S. 283.

⁸⁰FR. GERLICH, Amerikanische Politik, S. 325.

⁸¹FR. GERLICH, Freihandel, S. 494.

brechen ist, durch Aushungerung an Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu Boden zu zwingen«⁸². Zum Beweis seiner These analysiert Gerlich Adam Smiths ›Wohlstand der Nationen‹ und findet dort seinen Verdacht insoweit bestätigt, als Smith Ausnahmen vom Freihandelsprinzip dort für gerechtfertigt hält, wo es um Fragen der nationalen Sicherheit geht. Daß die deutsche Nationalökonomie – mit Ausnahme Friedrich Lists – Smiths vorgebliche Absicht, die theoretische Fundierung und Zementierung der englischen Handelsüberlegenheit, nicht durchschaut habe, ist für Gerlich Zeichen »jener politischen Instinklosigkeit [...], die wir Objektivität heißen«⁸³. In einem weiteren Beitrag im Januar 1917 konkretisiert Gerlich seine Vorwürfe gegen die deutsche Nationalökonomie, die kritiklos das Grundgesetz von der Mehrung des Volksreichtums als letztem Ziel alles Wirtschaftens übernommen hätten⁸⁴. Seine, wiederum in Anlehnung an Smith und List entworfene Gegenposition lautet: »[...] der letzte Sinn aller Volkswirtschaft ist nicht der, daß möglichst billig Waren produziert und konsumiert werden, sondern der, daß eine Menschengemeinschaft, die wir Volk nennen, lebe – lebe gemäß der nationalen, der sittlichen Idee von seiner Zukunft, die es sich selbst aus sich heraus geschaffen hat«⁸⁵. Was die ›sittliche Idee von der Zukunft‹ z.B. des deutschen Volkes sein soll, darüber läßt der Verfasser der pathetischen Zeilen den Leser leider unbelehrt.

Nicht nur die kritiklose Übernahme der Freihandelsidee hat nach Meinung Gerlichs die wehrhafte Entwicklung Deutschlands gehemmt, sondern auch der »Weltfriedensinternationalismus«⁸⁶, der den Glauben hege, »daß es möglich sei, aus den

⁸²Ebd.

⁸³Ebd., S. 502.

⁸⁴FR. GERLICH, Volkswirtschaft, S. 498.

⁸⁵Ebd., S. 507.

⁸⁶FR. GERLICH, Menschheit, S. 3.

in die verschiedenen Nationalitäten gespaltenen Menschen dieser Erde eine große, durch Kultur und Sitte gebundene Gemeinschaft zu machen, innerhalb welcher alle bisher durch Kriege ausgetragenen Nationalitäten- und Interessengegensätze durch Rechtsspruch erledigt werden⁸⁷. Der Kerngedanke dieser Überzeugung sei die Vorstellung, die Menschheit entwickle sich im Sinne einer Höherentartung weiter. Diese Auffassung weist Gerlich entschieden zurück, ohne freilich zu übersehen, daß die von ihm bekämpfte Theorie durch den biologischen Evolutionsgedanken eine erhebliche Aufwertung erfahren hat. Eine Höherentwicklung des Menschen könnte nun auf der somatischen – diesen Gedanken vertreten die von Gerlich als »Rasseveredler« verhöhnten Gobineau, Chamberlain, etc. – oder auf der psychischen Ebene erfolgen. Gegen die Vertreter der zweiten Variante führt Gerlich ins Feld, daß die Geschichtswissenschaft uns belehre, daß das Denken des Menschen seit den Anfängen seiner Objektivierung in Form verwertbarer Quellen keine qualitativen Fortschritte gemacht, sondern sich nur unser Wissen quantitativ vermehrt habe. Er nimmt damit einen Gedanken auf, den er in seiner Kapitalismus-Studie für das Gebiet der Ökonomie bereits durchgeführt hatte⁸⁸ und der nun eine allgemeinere Form annimmt: »So kommen wir zu der Feststellung, daß alle Kultur->Entwicklung« nur eine Mehrung des Erfahrungsschatzes ist⁸⁹. Angesichts der kumulierten Erfahrungen über das Zusammenleben der Menschen, das die Geschichtswissenschaft bietet, scheint Gerlich in Bezug auf die Möglichkeit einer Verwirklichung des Humanitätsideals auf der Ebene der Gesamtmenschheit Skepsis, wenn nicht Pessimismus angebracht zu sein, denn Voraussetzung für die Verwirklichung der Rechtsidee ist ihm der »starke Staat«. Ein solcher, mit Machtmitteln ausgestatteter »Einheitsstaat der Menschheit« wäre als auch die Voraussetzung für eine internationale Rechtsgemeinschaft. Ob er den Frieden

⁸⁷Ebd.

⁸⁸Vgl. die entsprechenden Ausführungen im Kapitel »Archivar mit Ambitionen«.

⁸⁹FR. GERLICH, *Menschheit*, S. 9.

wirklich verbürgen könnte, »ist auch angesichts der Interessenkämpfe innerhalb eines starken Staatswesens mehr als fraglich«⁹⁰. Sollte es ihn aber irgendwann geben, wäre er das Resultat der Akkumulation von Erfahrungstatsachen, nicht die Folge einer Höherentwicklung der Menschheit.

Die Hauptgedanken seiner Beiträge für die Monatshefte hat Gerlich auch in drei Artikeln für die ›Historisch-Politischen Blätter für das katholische Deutschland‹ veröffentlicht, die von Georg Jochner, seinem Vorgesetzten im Staatsarchiv herausgegeben wurde. Jochner, ein Nachfahre Joseph Görres', legte offensichtlich großen Wert auf einen gemäßigten Ton, die Beiträge über den Freihandel⁹¹ und die Entwicklungsidee⁹² kann man daher als leicht entschärfte Variationen der entsprechenden Aufsätze in den Monatsheften bezeichnen. Eine gewisse Eigenständigkeit hat der Beitrag ›Volkswirtschaft und Krieg‹, in dem Gerlich sich mit der in diesen Tagen vieldiskutierten These Edgar Jaffés auseinandersetzt, daß die Kriegswirtschaft »eine tiefgehende Änderung unseres Wirtschaftslebens in der Richtung des Sozialismus«⁹³ bewirken werde. Gerlich weist die Gedanken Jaffés mit der nun schon bekannten Methode der Kombination historischer und systematischer Argumente zurück. Wer das Gewinnstreben durch den vermeintlich ethischeren Gedanken der Leistung für die Allgemeinheit ersetzen wolle, verquicke nicht nur in unzulässiger Weise nationalökonomische und ethische Grundwerturteile⁹⁴, er gehe auch von der falschen Prämisse aus, daß diese beiden ›Stimulantien‹ der wirtschaftlichen Betätigung sich notwendigerweise widersprechen müssten⁹⁵.

⁹⁰Ebd., S. 14.

⁹¹FR. GERLICH, Freihandel².

⁹²FR. GERLICH, Einheit.

⁹³Fr. Gerlich, Volkswirtschaft, S. 33.

⁹⁴Ebd., S. 129.

⁹⁵Ebd., S. 130f.

Mit der Ablehnung solcher, auch von Werner Sombart, Johann Plenge und Georg v. Mayr vertretenen, gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen stand Gerlich nicht allein. Auch Max Weber tat sie als Träume von »Tintenfaß-Ideologen«⁹⁶ ab – auf die tatsächliche Gestaltung der Wirtschaftsordnung hatten sie denn auch keinen nennenswerten Einfluß⁹⁷.

Die Reflexionen, die Gerlich in den Kriegsheften der Süddeutschen Monatshefte anstellt, enthalten einen nicht unerheblichen Anteil an zeitbedingter Kriegsapologetik. In einem Punkt allerdings geben sie Einblick in die Entwicklung eines zentralen Bestandteils der Gerlichschen Weltanschauung. Bei der Suche nach den geistigen Grundlagen der von ihm abgelehnten Idee vom »Weltfriedensinternationalismus« stößt Gerlich auf die Bedeutung der Vorstellung einer Entwicklung der Menschheit zum Besseren. Er verwirft dabei beide Wege einer möglichen Realisierung dieses »neuen Menschen«, sowohl den der physischen durch die »Rasseveredler«, als auch den der psychischen Weiterentwicklung im Sinne des Marxismus. Wir haben hier in der Nußschale die später von ihm vertretene These von der chiliastischen Unterströmung in der deutschen Geistesgeschichte. Gerlichs eigene Position ist die eines pragmatischen Beharrens auf der Notwendigkeit, die vorstaatliche sittliche Idee des Rechts im Staat zu verwirklichen. Als Gewährsmann für diese realistische Betrachtungsweise gibt er Graf Hertling an, dessen einschlägige Schrift »Recht, Staat und Gesellschaft« aus einer Vorlesung an der Universität München hervorgegangen ist. Wenn wir den Denkweg des kommenden Journalisten betrachten, in dem sich die naturrechtliche Einstellung mit einer gewissen Unaufhaltsamkeit Bahn bricht, werden wir also gut daran tun, die staatsphilosophischen Positionen seines Lehrers⁹⁸ im Blick zu behalten.

⁹⁶M. WEBER, Wahlrecht, S. 356f.

⁹⁷Vgl. H. JAEGER, S. 143.

⁹⁸Gerlich hat nachweislich während seines Studiums Lehrveranstaltungen von Hertlings besucht; vgl. den Auszug aus dem Kollegienbuch des Kandidaten Fritz Gerlich in seinem Personalakt BayHStA GDP 85.

b) ›Die Wirklichkeit. Deutsche Zeitung für Ordnung und Recht‹

Die Arbeit im Volksausschuß für rasche Niederkämpfung Englands muß Fritz Gerlich als unbefriedigend empfunden haben, blieb dieser doch im großen und ganzen wirkungslos. Weder konnte im Herbst 1916 die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges erreicht werden, noch kam man dem übergreifenden Fernziel der Entfernung Bethmann-Hollweges aus der Wilhelmstraße näher. Aber auch aus der subjektiven Sicht Gerlichs war der Volksausschuß ein ungeeignetes Instrument seine Person einzubringen. Zum einen hatte er nicht die gesellschaftliche Stellung, um in einer ›honorigen‹ Vereinigung eine führende Position einzunehmen, zum anderen konnte er seine Fähigkeiten, die er auf der Seite der programmatischen und wissenschaftlich fundierten Darlegung von Positionen sah, in die Arbeit des Ausschusses nicht einbringen.

Anfang 1917 kam ihm der Zufall zu Hilfe. Emil Liecke, mit dem Gerlich schon länger befreundet war, schlug ihm vor, Mittel aus einer Erbschaft zur Herausgabe einer politischen Wochenschrift zu nutzen⁹⁹. Zwischen dem Entschluß, ein solches Projekt zu starten und der ersten Ausgabe lagen nur wenige Wochen¹⁰⁰. Da Gerlich als Beamter nicht als Herausgeber fungieren konnte¹⁰¹, gewannen die Freunde Karl Ludwig Graf von Bothmer für diese Funktion. Bothmer, zuvor Redakteur bei der ›Münchener Zeitung‹, war eine schillernde Persönlichkeit – nach dem Krieg stand er zunächst Dietrich Eckhart und der rechtsradikalen Thule-Gesellschaft nahe, um sich dann dem Bayerischen Heimat- und Königsbund an-

⁹⁹Hierzu E. v. ARETIN, Gerlich², S. 29.

¹⁰⁰Gerlich berichtet in einer späteren Ausgabe der ›Wirklichkeit‹ über die Entstehungsgeschichte folgendermaßen: »Am 10. Januar dieses Jahres hatte ich mit einem meiner Freunde ein politisches Gespräch, in dessen Verlauf er mir sagte: ›Sie sollten diese Gedanken und Ziele öffentlich vertreten und darum eine Zeitschrift ins Leben rufen.‹ Vierzehn Tage später hatten wir den Entschluß gefaßt, eine solche Zeitschrift zu gründen und zwar in einem eigenen Verlage«; Vgl. Die Wirklichkeit, Heft 3/1917, S. 25.

¹⁰¹E. v. ARETIN, Gerlich², S. 29.

zudienen, aus dem er aber wieder ausgeschlossen wurde, nachdem er im Separatismus den Weg zur Wiederherstellung der Monarchie sehen wollte¹⁰². Bothmer scheint zunächst wirklich nur ein Strohmann gewesen sein, mischte sich später aber immer stärker in den Betrieb der Zeitschrift ein, was schließlich auch ihr Ende herbeiführte¹⁰³. Vierter im Bunde war der Schriftsteller Kurt Freksa, der eine fortlaufende Serie über die Diplomatie der Zeit in Form eines fiktiven Briefwechsels beisteuerte.

Am 20. Februar 1917 teilte Bothmer dem Presse-Referat mit, daß »er mit Anfang März eine politische Wochenschrift mit dem Titel ›Die Wirklichkeit. Deutsche Zeitschrift für Ordnung und Recht‹ herausgibt«. Besonderen Wert legt er auf die Feststellung, daß die Zeitschrift »für die oberste Bildungsschicht und einen ausgewählten Leserkreis« erscheint¹⁰⁴. Im Pressereferat des Kriegsministeriums dürfte die Anzeige Bothmers mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden sein, hatte Bothmer der Zensurstelle doch bereits als Redakteur der Münchner Zeitung wiederholt »zu schwersten Beanstandungen Anlaß gegeben«¹⁰⁵. Schon der erste Artikel der ersten Nummer der ›Wirklichkeit‹ war nicht dazu angetan, die Befürchtungen in Falkner von Sonnenburgs Abteilung zu zerstreuen. »Um die Seele unseres Volkes ringen zwei Anschauungen über die Kriegsbeendigung. Die eine wünscht die Sicherung unserer Zukunft durch Ausdehnung unserer Macht und Abwälzung der Kriegslasten auf die Gegner. [...] Die andere – die pazifistisch-internationale – will keinen Sieger und keine Besiegten«¹⁰⁶. Auf welcher

¹⁰²K. A. v. MÜLLER, Wandel, S. 88ff.

¹⁰³Bothmer gab eine weitere Zeitschrift ›Unser Vaterland‹ heraus und war an der Vorbereitung von Lehmanns ›Deutschlands Erneuerung‹ beteiligt, vgl. H. HAGENLÜCKE, S. 106.

¹⁰⁴Bothmer an Presse-Referat des Kriegsministeriums, 20.2.17, BayHStA IV, MKr. 14021, Bl. 2.

¹⁰⁵Interner Vermerk der Zensurstelle v. 28.3.17, BayHStA IV, MKr. 14021, Bl. 3.

¹⁰⁶Die Wirklichkeit, Nr. 1/1917, S. 3.

Seite der solchermaßen abgesteckten Front die Herausgeber stehen, wird nicht nur in polemischen Floskeln – »Wilson, der Wächter über die Ethik der Welt und die glatte Abwicklung des amerikanischen Munitionsgeschäftes«¹⁰⁷ –, sondern auch in einem programmatischen Artikel über das »bürgerliche Chaos«¹⁰⁸ deutlich, der aus der Feder Gerlichs stammen dürfte¹⁰⁸. Ziel der Zeitschrift ist danach die Herstellung einer Parteigrenzen überschreitenden, nationalen Homogenität. Als Ausgangspunkt gilt Gerlich dabei die Vorstellung eines nationalen Kartells, wie es bereits Bismarck nach dem Vorbild der Zentrumspartei gefordert hatte. So wie bei dieser »alles aus dem römisch-kirchlichen Gesichtspunkt betrachtet« werde, müsse in Deutschland alles »unter dem Gesichtspunkt des vaterländischen Interesses geprüft«¹⁰⁹ werden. Zugespitzt: Deutschland muß sich entscheiden, ob es sein Heil im Nationalstaat oder im Weltbürgertum suchen will. Diese Alternative ist aus der Sicht der Herausgeber aber nur ein Scheinproblem, womit auch der Titel ihrer Zeitschrift einen tieferen Sinn erhält: »Wer den starken Staat, dessen Unabhängigkeit auf eigener Macht gegründet ist, bekämpft und diesen Staat, früher wie heute, der nötigen Mittel für seinen Schutz berauben will, steht außerhalb der politischen Wirklichkeit«¹¹⁰.

¹⁰⁷Ebd., S. 5.

¹⁰⁸Die Artikel der Zeitschrift sind ganz überwiegend nicht mit Namen gezeichnet. Zahlreiche Beiträge sind aufgrund von Vokabular, Satzbau, etc. relativ eindeutig als Erzeugnisse Gerlichs zu erkennen, bei anderen ist eine Zuordnung schwierig. Zieht man die Tatsache in Betracht, daß selbst Beiträge, die durch die Unterschrift »Der Herausgeber« auf eine Verfasserschaft Bothmers hindeuten, von Gerlich stammen, scheint die Aussage PAUL HOSERS, die »Wirklichkeit« sei »sein [Bothmers, M.S.] und Gerlichs Sprachrohr« gewesen, fast ein wenig untertrieben, vgl. DERS., Münchner Tagespresse, S. 61. Zumindest für die Anfangszeit überwog sicherlich Gerlichs Einfluß.

¹⁰⁹Bismarcks Jenaer Rede am 31.7.1892, zitiert nach: »Die Wirklichkeit« 1/1917, S. 11f.

¹¹⁰»Die Wirklichkeit« 1/1917, S. 12. Hervorhebung durch M.S.

Neben diesem außenpolitischen Ziel verfolgen die Herausgeber auch ein innenpolitisches Programm, das sich mit einer, von Gerlich ja bereits früher niedergelegten, positiven Einschätzung des kapitalistischen Wirtschaftssystems deckt: »Alles, was der Staat gibt, muß er vorher genommen haben. Er wird getragen von der Leistung aller seiner Staatsbürger. Darum ist er nicht der Beglückter von Staatsbürgern, sondern abhängig von den Lebensschicksalen, die jeder einzelne Volksgenosse sich selbst bereitet. Wenn wir das Lebensrisiko des Einzelnen auf den Selbstverwaltungskörper übertragen, dann nehmen wir dem Volke die Quelle höchster sittlicher Kraft, nämlich das Verantwortungsgefühl für sich und seine Familie.«¹¹¹

Gegner dieser Auffassung und damit der ›Wirklichkeit‹ und ihrer Macher sind aus diesem Blickwinkel politisch Linksliberalismus und Sozialdemokratie, publizistisch die ›Frankfurter Zeitung‹ und das ›Berliner Tagblatt‹, die mit ihrem »unvölkischen Traum von Verständigungspolitik« einer wirklichen und wirklichkeitsgemäßen »Verständigung der schaffenden Stände«¹¹² im Wege stehen, die sich unter dem Zwang der Not der Zeit herauszubilden beginnt¹¹³. Ein weiteres Element der politischen Agitation der Zeitschrift ist – angesichts der bisherigen Aktivitäten Gerlichs im Kriege¹¹⁴ – ein altes: die wohl hauptsächlich taktisch zu

¹¹¹Ebd., S. 13.

¹¹²Der Ausdruck vom ›Kartell der schaffenden Stände‹ ist ein alldeutscher Topos; vgl. die Ausführungen über entsprechende Bemühungen aus dem Jahr 1913 bei M. PETERS, S. 141ff. Bothmer hatte im September 1916 an einer Konferenz mit Lehmann und Kapp teilgenommen, die sich zum Ziel setzte, ein publizistisches Sammlungswerk ins Leben zu rufen, das sich der Bildung dieses ›Kartells‹ widmen sollte; vgl. H. HAGENLÜCKE, S. 103f.

¹¹³Ebd., S. 13f.

¹¹⁴Auf die Audienz der Mitglieder der Kanzlersturzbewegung bei König Ludwig wird explizit Bezug genommen: »So geschah es, daß in Stunden, da die Sorge um das Geschick unseres Staates auch preußische Männer ergriff, diese nicht nach Berlin gingen, sondern nach München fuhren und den König Ludwig von Bayern anriefen«; Ebd., S. 15.

verstehende Glorifizierung des bayerischen Königs, der »eher als die von Reichswegen Berufenen« klare Einsicht in die Bedeutung der Auseinandersetzung mit England gewonnen habe. Die Verbundenheit mit dem Volk, insbesondere mit dem Bauernstand, habe dem König den klaren Blick für die Notwendigkeiten des Krieges und damit für die Wirklichkeit bewahrt¹¹⁵.

Erwein von Aretin hat die Verblendung, mit der Gerlich hier die vermeintlichen politischen Realitäten beschreibt, nach gut-bayerischer Art seiner preußischen Erziehung zuschreiben wollen¹¹⁶. Betrachtet man die methodische Vorgehensweise, die vielen Artikeln Gerlichs aus dieser und auch späterer Zeit zugrundeliegt, drängt sich aber eine andere Interpretation auf. Gerlich war seiner Vorbildung nach Historiker und er sah in der Historiographie vor allem eine exakte Wissenschaft¹¹⁷. Kennzeichen einer solchen exakten Wissenschaft ist die Möglichkeit aus Erfahrungstatsachen Regeln abzuleiten, die dann auch auf in der Zukunft liegende Konstellationen angewandt werden können. Daß die Ergebnisse eines solchen »Aus der Geschichte lernen«-Verfahrens in hohem Maße von den als Axiome eingeführten politischen Grundüberzeugungen abhängig sind, scheint Gerlich nicht immer bewußt gewesen zu sein. Erst in der Zeit des ›Geraden Weges‹ hat Gerlich eine Distanz zu dieser Art der Geschichtsauffassung entwickelt. Daß er sie selbst dann als ›preußische Geschichtsschreibung‹ bezeichnet, mag Aretins Einschätzung in gewisser Weise rechtfertigen¹¹⁸.

¹¹⁵Ebd., S. 15.

¹¹⁶E. v. ARETIN, Gerlich², S. 29.

¹¹⁷Selbst die stigmatisierte Therese Neumann von Konnersreuth wird ihm später zunächst und vor allem als ein historisches Problem erscheinen. Konsequenterweise lautet dann auch der Titel eines seiner ersten Beiträge in den MNN (Beilage ›Die Einkehr‹ v. 30.11.27) zu diesem Thema: »Konnersreuth als historisches Problem«.

¹¹⁸Vgl. hierzu seinen Artikel »Das Märchen von der Erbfeindschaft«, ›Illustrierter Sonntag‹ Nr. 44 v. 1.11.31.

Die Kriegsziele einer Politik des »selbstbewußten Volkes im starken Staat«¹¹⁹ bekommen auf diesem Hintergrund einen Zug ins Größenwahnsinnige. Bereits die erste Nummer der Zeitschrift enthält einen Beitrag »Nach dem britischen Imperium«, der den Sieg über England als Faktum voraussetzt: »Für uns, die wir die Waffe besitzen, die Englands Schicksal zu bestimmen verspricht, heißt daher rechtzeitig überlegen, welche Rolle wir England im künftigen politischen Schachspiel zuweisen wollen. Wie uns die ehemalige Königin des Spiels am nützlichsten ist: als Turm, Läufer oder Bauer«¹²⁰. Wenn erst England zur Schachfigur degradiert ist, kann nach weiteren Betätigungsfeldern gesucht werden. Der Übergang zum uneingeschränkten – Gerlich bevorzugt den ehrlicheren Ausdruck »rücksichtslosen« – U-Bootkrieg ist »doch weiter nichts als der in die Tat umgesetzte Entschluß, Wirkungen als Seemacht über das Nordseebecken hinaus auszuüben«. In welche Richtung diese Einflußnahme sich vor allem auszuwirken hat, ist unstrittig: »Wir werden mit dieser Niederzwingung Englands den Riegel zerbrechen, der uns bisher daran hinderte, mit unserer Macht in Amerika aufzutreten [...] Wir sind Willens, uns von jener gezwungenen Entsagung zu befreien, die jahrzehntelang auf uns lastete«¹²¹. Können solche Äußerungen nur im Sinne des »Griffs nach der Weltmacht« (Fritz Fischer) und damit indirekt einer Kriegsschuld (im Sinne eines Interesses am Ausbruch des Krieges) gemeint sein, werden die Forderungen nach umfangreichen Kriegsentschädigungen keineswegs ebenso machtbewußt, sondern ganz konventionell mit einem Überfall-Szenario gerechtfertigt: »Wir haben den Krieg nicht gewollt, wir trachteten keinem der uns umgebenden Staaten nach seinem Dasein, aber in Anbetracht unserer ungeheuren Opfer und der Raubgelüste unserer Feinde ist es eine eiserne Notwendigkeit – sie mag noch so sehr

¹¹⁹»Die Wirklichkeit« 1/1917, S. 14.

¹²⁰Ebd., S. 24.

¹²¹»Die Wirklichkeit« 2/1917, S. 5.

der deutschen Natur widerstreben – daß der kommende Friede die Gegner warne und abhalte von der Wiederholung solcher Überfälle«¹²².

Den Münchner Zensurbehörden mußten solche Klänge ihrer ganzen Ausrichtung und Zielsetzung¹²³ nach als suspekt erscheinen. Bereits gegen die vierte Nummer der Zeitschrift erhob das Pressereferat daher Einspruch, da in einem der Zensur nicht vorgelegten Artikel¹²⁴ eine Abhängigkeit der Kampfbereitschaft der Truppe von der Formulierung klarer Kriegsziele behauptet wurde. Die ausgesprochene Rüge¹²⁵ beantwortete Bothmer mit der Zusage, »dass von jetzt ab alle Aufsätze unmittelbar von der Druckerei aus dem Pressereferat zugehen«¹²⁶. Mit diesem Zurückweichen des Herausgebers schien sich die Möglichkeit eines friedlichen Verhältnisses mit Falkner von Sonnenburgs Behörde abzuzeichnen. Dies mag auch damit zusammenhängen, daß die Zeitschrift in innenpolitischen Fragen eine nicht als eindeutig allddeutsch zu bezeichnende Haltung einnahm. So stellte sich die ›Wirklichkeit‹ auf die Seite derjenigen, die eine Wahlrechtsreform in Preußen für unumgänglich hielten¹²⁷. Hier machte sich Gerlichs demokratische

¹²²Ebd., S. 13. Der Artikel »Die Sieger essen zuerst«, dem dieses Zitat entnommen ist, stammt von Friedrich Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, der in den alldutschen Kreisen seine schützende Hand über den ›underdog‹ Gerlich hielt; vgl. ›Illustrierter Sonntag‹ Nr. 34 v. 23.8.31, S. 4.

¹²³Falkner von Sonnenburg sah in der Bekämpfung der Kanzlersturz- und Kriegszielbewegung ein Arkanum seiner Arbeit als Pressereferent.

¹²⁴Es handelt sich um den Beitrag »Konfliktslust«; ›Die Wirklichkeit‹ 4/1917, S. 10ff.

¹²⁵Zensurstelle an den Herausgeber der ›Wirklichkeit‹ v. 28.3.17; BayHStA IV, MKr 14021, Bl. 3.

¹²⁶Bothmer an Zensurstelle v. 31.3.17; BayHStA IV, MKr 14021, Bl. 10.

¹²⁷Die Herausgeber wollten die Wahlrechtsreform als Konzession des preußischen Konservatismus an den notwendigen Zusammenhalt des Volkes verstanden wissen: »wir hoffen, daß die Wahlrechtsänderung in Preußen eine patriotische Gabe der Konservativen an das preußische Volk sein möge«; ›Die Wirklichkeit‹ 6/1917, S. 40.

Grundhaltung bemerkbar. Im ersten mit seinem Namen gezeichneten Artikel¹²⁸ versucht er die Ängste jener Kreise zu besänftigen, denen Demokratie gleichbedeutend mit links gerichteter Regierung ist. Der Wunsch breiter Volksschichten nach Mitbestimmung sei eine natürliche und unaufhaltsame Entwicklungsstufe in jedem Staatswesen: »Eine Vermeidung dieses Entwicklungsprozesses halten wir im großen ganzen für unmöglich«. Es komme daher nur darauf an, dafür Sorge zu tragen, daß die zur Regierung strebenden Kräfte »staatsbejahend« seien. Eine Vorentscheidung über eine mehr konservative oder mehr liberale Regierungsweise sei mit diesem Entwicklungsprozeß keineswegs gegeben. Bezüglich des Gegensatzpaares ›konservativ‹ und ›liberal‹ empfiehlt Gerlich einen Blick auf die Engländer, »jenes Volk der Erde, in dem die intuitive Erkenntnis des Lebens und damit auch Lebensbehandlung und Lebensbeherrschung zur höchsten Vollkommenheit gediehen ist«. In England sei die Einsicht in die natürliche Polarität des Lebens und damit die Synthese von Konservatismus und Liberalismus so weit gelungen, daß nach einer Aussage Lord Derbys »sieben Achtel der politischen Geschäfte Englands vollständig gleich geführt würden, ob nun die Regierung aus der konservativen oder der liberalen Partei genommen ist«¹²⁹.

Die Hochschätzung der politischen Verhältnisse in England, die hier zum Ausdruck kommt, ist ein Charakteristikum der Zeitschrift. England ist der Hauptgegner im Weltkrieg¹³⁰ – diese Feststellung bildet seit dem Eintritt in die Kanzlersturz- und Kriegszielbewegung die Grundlage von Gerlichs politischen Anschauungen. Sie beruht aber eben nicht auf Geringschätzung¹³¹, sondern auf einer tiefen

¹²⁸»Konservativ und Liberal«; ›Die Wirklichkeit‹ 7/1917, S. 68ff. Der Beitrag beginnt mit dem Satz: »Auf unsere Einladung hin schreibt uns Assessor Dr. Gerlich: [...]«.

¹²⁹Ebd., S. 75.

¹³⁰Dies wiederum ist ein geradezu klassischer alldeutscher Topos; vgl. A. KRUCK, S. 24ff.

¹³¹Für die Ablehnung einer solchen Geringschätzung mag folgender, gegen Sombart gerichtete Satz als Illustration dienen: »Den Engländern, denen albernes Haschen nach

Bewunderung der Leistungsfähigkeit des politischen Systems des Hauptfeindes. Es entspricht der schon mehrmals konstatierten ›systematischen Ader‹ Gerlichs, daß ihn die Frage quält, worin die tieferen Gründe für die Einheit der britischen Gesellschaft und die damit verbundene außenpolitische Kraft liegen. Die zweite Frage, warum die deutsche Gesellschaft über eine ähnliche Einheitlichkeit nicht verfügt, ist mit der ersten aufs engste verknüpft. Mit der Ausgabe 12 der ›Wirklichkeit‹ vom 18.5.1917 beginnt Gerlich eine systematische Abhandlung in mehreren Fortsetzungen, die sich mit dem folgendermaßen umrissenen Fragenkomplex beschäftigt und für längere Zeit fast die Hälfte des redaktionellen Teils der Zeitschrift einnimmt: »Der Begriff des deutschen Wesens wird mit Phrasen und Redensarten verballhornt; überall aber fehlt die positive Formulierung. Das ist begreiflich, denn sie ist sehr schwer. Je mehr aber der Kampf mit dem britischen Weltgedanken sich zuspitzt und je mehr die deutsche Seele leidet, weil sie nach der großen, in ihr selbst lebenden Idee sucht, um derentwillen sie den Kampf wie einen heiligen Krieg wirklich führen kann, um so notwendiger wird der Zwang, die positive Formel für diesen deutschen Weltgedanken zu finden«¹³². Die Artikelreihe Gerlichs ist in der Wirklichkeit nicht zu Ende geführt worden, da er sich seit September 1917 – auch in der ›Wirklichkeit‹ – für die Vaterlandspartei engagierte und die Zeitschrift kurz darauf verboten wurde. Die neun erschienen Folgen sind jedoch von einigem Interesse für die politischen Anschauungen Gerlichs und verdienen daher eine kurze, überblicksartige Darstellung.

Bedingt durch die spezifische Gestalt der dortigen Reformation hat sich England in geistesgeschichtlicher Hinsicht seit der Mitte des 17. Jahrhunderts von der

Wortspielen ›händlerische‹ Gesinnung nachgesagt hat, sind ein Herrenvolk, [...]«; ›Die Wirklichkeit‹ 5/1917, S. 19.

¹³²Die Wirklichkeit 12/1917 v. 18.5.1917, S. 227. Gerlich zeichnet alle Artikel der Reihe mit Namen, nachdem der Herausgeber ihn in seiner Vorbemerkung als Mann beschrieben hat, »der nach seiner ganzen bisherigen wissenschaftlichen und politischen Entwicklung mehr wie mancher andere berechtigt ist, sich an diese schwere Aufgabe [die positive Formulierung dessen, was deutsches Wesen ist, M.S.] zu wagen«.

kontinentaleuropäischen Entwicklung abgekoppelt. Während sich dort unter dem Leitmotiv des ›cuius regio eius religio‹ die Landesherrschaft im Sinne eines Cäsaropapismus festigte, vollzog England die Wende zu einer individualistischen Weltanschauung der Selbstbestimmung und der Mitbestimmung im Staate. Die daraus resultierende Haltung zum Leben sollte nicht als Egoismus mißverstanden werden, wie dies bei Sombart und seinen ›Händlern und Helden‹ der Fall ist: »Die letzte Frage, die der Engländer ans Leben richtet, ist nicht die, was das Leben ihm geben könne, sondern sie ist die letzte Frage allen Erkennens, wozu das Leben, die Welt überhaupt vorhanden ist. Auf diese Frage gibt er die Antwort: für mich, den einzelnen Menschen [...] ich der einzelne Mensch bin der Zweck der Schöpfung«¹³³. Die so definierte ›egozentrische‹ Weltanschauung durchzieht nach Gerlich alle Bereiche des Lebens im britischen Weltreich, die Religion, die Kultur, den Bereich des Sozialen und vor allem die Außenpolitik. Durch den geschickten Export des individualistischen Ideengutes vor allem nach Frankreich und die Propagierung des Gedankens des Freihandels (Adam Smith), der eben kein, so das kontinentale Mißverständnis, »System nationaler und oder internationaler wirtschaftlicher Gerechtigkeit«¹³⁴, sondern vielmehr das Prinzip der Verfestigung der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung Englands darstellt, gelang dem britischen Imperium die ›Weltunterjochung‹.

Ganz anders nimmt Gerlich die Situation im Deutschen Reich wahr. Hier fehlt es an jener Einheitlichkeit des außenpolitischen Denken und Fühlens, die die Stärke Englands begründet. Sichtbar wird dies vor allem an der ablehnenden Haltung, die die überwiegende Mehrheit der Deutschen dem Alldeutschen Verband, der im Machtwillen eine solche einheitliche Idee vertrat, entgegenbrachten: »Warum ist es eigentlich der alldeutschen Bewegung unter diesen ungewöhnlich günstigen Bedingungen der Kriegszeit nicht gelungen, die Massen in ganz Deutschland für ihre Idee zu gewinnen?« fragt sich Gerlich und fährt fort: »Ich kann mir

¹³³Ebd., S. 235f.

¹³⁴Die Wirklichkeit Nr. 14 v. 1.6.1917, S. 308.

dieses Nichtgelingen nur damit erklären, daß zwischen der alldeutschen Idee und dem Deutschtum, wie es heute ist, doch Gegensätze bestehen, mindestens inso- weit, daß das Wesen dieses Deutschtums umfänglicher ist, als daß es in der all- deutschen Idee erfaßt werden könnte«¹³⁵. Bei dem Versuch die geistesgeschichtli- chen Wurzeln jener Gefühlslagen und Seelendispositionen freizulegen, die es dem Deutschen verunmöglichen, sich von einem Programm des reinen Machtwillens angesprochen zu fühlen, stößt Gerlich auf den seines Erachtens seit Lessing im deutschen Denken heimisch gewordenen chiliastischen Gedanken einer sukzessi- ven Vervollkommnung des Menschen. Die Vorstellung einer sich in einem Ent- wicklungsprozeß verwirklichenden moralischen Weltordnung hat den übernatio- nalen, weltbürgerlichen Gedanken dabei sozusagen im Gepäck¹³⁶: »Man kann der Lessingschen Idee die Logik nicht absprechen. Wer einmal die Anschauung ver- tritt, daß alle Menschen sich zu ein und demselben Menschentypus hinzuentwi- ckeln haben, der kann gar nichts anders, als die Abteilung der Menschen in Natio- nen zu verurteilen«¹³⁷. Bei Lessing verbindet sich so, geradezu paradigmatisch, die »große deutsche heterozentrische Lebensidee«¹³⁸ – also die Vorstellung, daß der Mensch seinen Zweck in einer Idee außerhalb seiner selbst hat – mit einem die Grenzen des Nationalen sprengenden Subjektivismus, der sich in der Weiterent- wicklung durch den Deutschen Idealismus endgültig durchsetzte. Das zur gleichen Zeit – freilich auf zwei verschiedenen Ebenen, der preußischen und der österrei- chischen – sich entwickelnde deutsche Staatsgefühl¹³⁹ stand somit von vornherein in einer starken Spannung zum Ideal eines kosmopolitischen Weltfriedens: »Hier

¹³⁵Die Wirklichkeit Nr. 17 v. 22.6.1917, S. 392.

¹³⁶Die Wirklichkeit Nr. 18 v. 29.6.1917, S. 430.

¹³⁷Die Wirklichkeit Nr. 22 v. 5.8.1917, S. 60.

¹³⁸Ebd., S. 59.

¹³⁹Die Wirklichkeit Nr. 23 v. 20.8.1917, S. 81ff.

tat sich in der Auffassung des Deutschtums von Mensch und Umwelt ein Zwiespalt auf, der heute noch politisch weiter wirkt¹⁴⁰. Ob und wie Gerlich sich eine Überwindung dieses Zwiespalts vorstellt, darüber bleiben wir im unklaren, da die Artikelreihe durch das Verbot der Wirklichkeit abgebrochen wurde.

Bereits dieser kursorische Überblick macht deutlich, warum Aretin schreiben konnte: »Der Leser, der die schwer zu erhaltenden Hefte der ›Wirklichkeit‹ heute durchliest, empfindet sie als eine etwas qualvolle [...] Lektüre¹⁴¹. Man könnte gegen die Argumentation Gerlichs verschiedenstes einwenden, gegen die Behauptung einer überwiegenden Ablehnung des alldeutschen Machtwillens durch die Bevölkerung ebenso wie gegen die angebliche Unangefochtenheit des englischen Imperialismus. Diese durch die konkrete Lebenssituation und den politischen Standort bedingten Aussagen sind hier aber auch nicht von Interesse. Festzuhalten ist dagegen, daß Gerlich, in der vielleicht abwegigen Absicht, eine ›deutsche Lebensidee‹ zu entdecken, auf den religiösen und philosophischen Chiliasmus als eine seit Lessing beständig vorhandene Unterströmung der deutschen Geistesgeschichte stößt. Hierauf wird bei der Darstellung seiner Interpretation des Kommunismus an anderer Stelle zurückzukommen sein.

Aber zurück zu den Ereignissen. Der Kriegseintritt Amerikas am 6. April 1917 bringt auch in der ›Wirklichkeit‹ eine Verschärfung des Tones mit sich. Nicht weniger als die »Vernichtung England-Amerikas¹⁴² steht nun auf dem Programm. Der uneingestanden Einsicht, daß die »rasche Niederkämpfung Englands« nun endgültig nicht mehr zu erreichen ist, mag sich die Radikalisierung der von der Zeitschrift propagierten militärischen Maßnahmen verdanken. In einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel »Entweder–Oder« fordern die Herausgeber, in Zukunft auch die Mannschaften neutraler Handelsschiffe nicht mehr zu scho-

¹⁴⁰Ebd., S. 88.

¹⁴¹E. v. ARETIN, Gerlich², S. 31.

¹⁴²›Die Wirklichkeit‹ 8/1917, S. 101.

nen: »Ein Handelsschiff, das Kurs auf England hat, führt mit uns Krieg und wir sollten außer der Torpedierung eines solchen Schiffes derartige Mannschaften mit dem Tode bestrafen. Norweger, die vier- bis fünfmal nach England gelangt sind, lassen davon nicht ab, als bis sie ersäuft sind wie die Schiffsratten. [...] Kein Neutraler würde mehr nach England fahren, wenn er damit Sicherung auf den Tod nähme. Der Krieg würde ein finsternes, schreckliches Gesicht erhalten, aber für uns ein schnelleres und günstiges Ende nehmen«¹⁴³. Mit diesen barbarischen Vorschlägen dürfte auch die Geduldsgrenze des Pressereferates überschritten worden sein. Die weitere Geschichte der ›Wirklichkeit‹ steht ganz im Zeichen der eskalierenden Auseinandersetzung mit der Zensurbehörde.

Das Pressereferat nahm einige kleinere Verstöße gegen die Zensurvorschriften zum Anlaß, am 28. Juni 1917 die Präventivzensur über das Blatt zu verhängen¹⁴⁴. Bothmer, dessen Verärgerung über die Kleinlichkeit der Behörde partiell durchaus nachvollziehbar ist¹⁴⁵, setzte nun alle Hebel in Bewegung, ohne zu berücksichtigen, daß in der gegebenen Situation der längere dieser Hebel immer in Händen der militärischen Behörde liegen mußte. Alle Winkelzüge¹⁴⁶, spektakulären Aktionen¹⁴⁷ und Eingaben an Minister, Abgeordnetenkammern und den Reichskanz-

¹⁴³Der Beitrag wurde von der Zensur unterdrückt, da er nach Meinung der Presseabteilung der Marine »nur dazu dienen kann, die Neutralen gegen uns aufzuhetzen«; Presseabteilung des Admiralstab der Marine an K. B. Kriegsministerium v. 26.5.17, BayHStA IV, MKr. 14021, Bl. 21.

¹⁴⁴Kriegsministerium an Bothmer v. 28.6.17; BayHStA IV, MKr. 14021.

¹⁴⁵So wurde in einem Fall ein Bismarck-Zitat beanstandet, in einem anderen die Übersetzung eines Artikels aus einer britischen Vierteljahresschrift, die im Buchhandel erhältlich war; vgl. Eingabe Bothmers an die Kammern des bayr. Landtags v. 24.10.17, BayHStA IV, MKr. 14021, Bl. 81.

¹⁴⁶Unter anderem versuchten die Herausgeber durch Verlagerung des Druckortes nach Diessen dem Einflußbereich Falkner von Sonnenburgs zu entkommen.

¹⁴⁷Die Ausgaben Nr. 20 und 21 bestanden nur aus zwei weißen Blättern und dem Vermerk: »Die Leser werden wissen, warum ›Die Wirklichkeit‹ bis auf weiteres in dieser

ler¹⁴⁸ konnten nicht verhindern, daß die Zeitschrift am 29. September 1917 endgültig verboten wurde. Die Tatsache, daß die Begründung des Verbotes im wesentlichen auf aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten Bothmerscher Beschwerdebriefe bestand, nutzte der Herausgeber zu einer weiteren Eingabe an die »hohen Kammern des bayerischen Landtages«¹⁴⁹, ohne damit aber eine Wirkung zu erzielen. Ein Versuch, die Zeitschrift in Dietrich Eckarts Hoheneichenverlag erneut erscheinen zu lassen, scheiterte¹⁵⁰ ebenfalls. Erst eine Eingabe Lieckes, Freksas und Gerlichs im Februar 1918¹⁵¹, in der sie sich deutlich von Graf Bothmer distanzieren und ihm unsoliden Geschäftsgebahren vorwarfen, führte zu einer Aufhebung des Verbotes. Offensichtlich war den Herausgebern mittlerweile aber Zeit und Geld ausgegangen – »Die Wirklichkeit« wurde nicht wiederbelebt. 1919 erschien unter dem Titel »Auf gut deutsch. Wochenschrift für Ordnung und Recht« ein neues Periodikum im Hoheneichenverlag. Herausgeber war nun Dietrich Eckart persönlich, der Inhalt der Zeitschrift war vor allem antisemitisch, als Autoren traten mit Gottfried Feder und Alfred Rosenberg die »Intellektuellen« der jungen nationalsozialistischen Bewegung auf. Gerlich hatte mit dieser neuen Zeitschrift nichts zu tun¹⁵².

Form erscheint«.

¹⁴⁸Am 19.7.17 wurde »Die Wirklichkeit« Gegenstand einer Anfrage im Reichstag, am 25.7.17 richtete Bothmer eine Eingabe an den Reichskanzler Michaelis; BayHStA IV, MKr. 14021.

¹⁴⁹Bothmer an die Kammern des bayerischen Landtags v. 24.10.17; BayHStA IV, MKr. 14021, Bl. 81.

¹⁵⁰Hoheneichen-Verlag an Pressereferat des bayr. Kriegsministeriums v. 19.11.17, BayHStA IV, MKr. 14021, Bl. 68.

¹⁵¹Freksa, Liecke, Gerlich an bayr. Kriegsministerium v. 19.2.18, BayHStA IV, MKr. 14021, Bl. 78.

¹⁵²Karl Alexander von Müller irrt, wenn er in seinen Memoiren behauptet: »daß damals Fritz Gerlich noch Seite an Seite mit Gottfried Feder in einer aufreizenden Zeitschrift

Die Nachwirkungen des Projektes spielten sich vor allem vor den Münchener Gerichten ab. Graf Bothmer wurde wegen seines Verhaltens gegenüber der Zensurbehörde und ihren Mitarbeitern in einem Prozeß vor der I. Strafkammer des Landgerichts München zu einer Geldstrafe von insgesamt 1.200,- RM verurteilt¹⁵³. Auch Gerlich sah sich gezwungen, gegen Bothmer eine Beleidigungsklage einzureichen, nachdem dieser ihn wegen der von den drei Mitherausgebern erhobenen Vorwürfe der Untreue öffentlich einen Schuft genannt hatte. Auch dieser Prozeß endete mit einer Verurteilung von Bothmers.

3. ZWISCHENBILANZ: LIBERAL, DEMOKRATISCH ODER ALLDEUTSCH?

Am Anfang des Kapitels war die Frage aufgeworfen worden, wie die politischen und publizistischen Aktivitäten Fritz Gerlichs in den Kriegsjahren zu bewerten seien. Zur Verdeutlichung sei hier noch einmal ein typischer Satz über seine politische Entwicklung wiedergegeben. »Gerlich [...] stand politisch zunächst bei den Jungliberalen in der Nationalliberalen Partei, während des Ersten Weltkrieges hing er der alldeutschen Richtung an und kehrte in der Weimarer Zeit zu den Nationalliberalen zurück«¹⁵⁴. Eine solche Charakterisierung krankt in mehrfacher Hinsicht. Zunächst hatte eine Untersuchung der Vorgänge im bayerischen Liberalismus der Vorkriegsdekade ergeben, daß die Linien zwischen Links- und Nationalliberalismus besonders unter der jungen Generation fließend waren. Die baye-

›Auf gut deutsch‹mitarbeitete, die Dietrich Eckart herausgab«; K. A. V. MÜLLER, Wandel, S. 90. Ganz im Gegenteil: Eckart hat Gerlich in seiner Zeitschrift wg. dessen Antisemitismus-Kritik einen ›Judentzer‹ genannt und wurde dafür vom Landgericht München in zwei Instanzen wegen Beleidigung verurteilt.

¹⁵³Zum Prozeßbericht MNN Nr. 275, 276, 277, 278 und 283 vom 3./4./5. Und 7.6.1918. Im Rahmen der Voruntersuchung wurden Gerlich und Liecke von Sonnenburg als Zeugen für die »Persönlichkeit Bs.« vernommen, BayHStA IV, MKr. 13933.

¹⁵⁴H. WITETSCHKE, S. 42.

rischen Jungliberalen waren eben keine Nationalliberalen mehr, sondern schlossen sich 1910 der linksliberalen Einigungsbewegung, der Fortschrittlichen Volkspartei an¹⁵⁵. Gerlich entstammte politisch einer Richtung, die zunächst recht eindeutig dem linken Spektrum des Liberalismus zuzurechnen ist, den Naumannschen Nationalsozialen. Durch Naumanns Option für einen gemäßigten Imperialismus auf der einen und die spezifische bayerische liberale Gemengelage auf der anderen Seite, fällt eine genaue Positionsbestimmung zwar nicht ganz leicht, eine Einordnung Gerlichs am rechten Flügel des Linksliberalismus trifft die Tatsachen aber wohl am besten¹⁵⁶. Der Weg von dieser Position in den Alldeutschen Verband und zur Vertretung annexionistischer Kriegsziele muß aber keineswegs als Diskontinuität gedeutet werden. Die Analyse der bayerischen Kanzlerfronde hat gezeigt, daß sich hier Vertreter der verschiedensten politischen Richtungen trafen¹⁵⁷, neben Monarchisten und Nationalliberalen eben auch Zentrumsleute und Linksliberale¹⁵⁸.

¹⁵⁵J. REIMANN, S. 177.

¹⁵⁶E. v. ARETIN, Gerlich², S. 27, sieht Gerlich dagegen »politisch in der National-Liberalen Partei bei den Jung-Liberalen als Anhänger Friedrich Naumanns« und gibt als Beleg einen Artikel Gerlichs in Philip Funks Wochenschrift ›Das neue Jahrhundert‹ an, in dem Gerlich der Überordnung des Staates über die Religion das Wort redet. Eine solche Einordnung hat ihren Hauptmangel in der politischen Entwicklung Gerlichs in der Nachkriegszeit. Der ehemalige Alldeutsche setzte seine politische Laufbahn ganz selbstverständlich in der DDP fort und nicht bei der DVP oder gar der DNVP. Daß es gegen diese Betätigung im Linksliberalismus auch Widerstände, so von seiten seines alten Widersachers und überzeugten Pazifisten Quidde, sagt nichts gegen die politische Selbsteinschätzung Gerlichs, legt aber Zeugnis ab für die politische Spannweite des bayerischen Linksliberalismus.

¹⁵⁷Emil Kraepelin spricht in seiner Autobiographie davon, daß es gelungen sei, »eine Vereinigung zu bilden, an der außer den gleich mit Parteilosen Konservative, Nationalliberale, Zentrumspolitiker und Fortschrittler teilnahmen«; E. KRAEPELIN, S. 192.

¹⁵⁸Gerlich hat auf die Tatsache, daß viele Linksliberale während des Krieges der alldeutschen Richtung anhängen immer großen Wert gelegt: »Ich war nicht der einzige Linksliberale und spätere Demokrat – ›Demokratische Partei‹ war ja nur ein anderer Name für die frühere Linksliberale, nämlich Fortschrittliche Volkspartei –, der zu den All-

Auch innerhalb der alldeutschen Kanzlersturzbewegung in München gab es Spielräume für unterschiedliche Auffassungen. Eine Extremposition nahm z.B. Max von Gruber ein, der seine Vorstellungen in einem von Julius Lehmann herausgegebenen Heft »Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden«¹⁵⁹ niedergelegt hat (»Scheidemannscher Frieden oder Deutscher Frieden«). Durch entsprechende Gebietserweiterungen im Westen (Belgien, Teile der Niederlande und Nordfrankreichs) und Osten (Litauen, Kurland) sowie in den Kolonien (die südliche Hälfte des afrikanischen Kontinents ohne brit. Südafrika, Marokko und Algerien) wächst das Reich hier auf eine Bevölkerungszahl von 139 Millionen und tritt, da alle europäischen Festlandsstaaten außer Frankreich einem unter deutscher Dominanz stehenden »Europäischen Bund« angehören, als Weltmacht gleichberechtigt an die Seite des angelsächsischen Bundes, der aus England und Nordamerika besteht.

Gegenüber einer solchen Position scheint Gerlich mehr dem gemäßigten Flügel der Alldeutschen angehört zu haben. So mußte er sich im Herbst 1916 gegen einen von Gottfried Traub geäußerten Vorwurf wehren, er habe in einer Diskussionsveranstaltung den Verzicht auf Elsaß-Lothringen propagiert¹⁶⁰. Auch in der Frage demokratischer Gesinnung hat Gerlich seine Positionen in den Jahren 1914–18 nicht wesentlich modifiziert. Zwar tat sich aufgrund der Ablehnung der Verständigungspolitik eine Kluft zum ›linken‹ Linkliberalismus der ›Frankfurter Zeitung‹ und auch der ›Münchener Neuesten Nachrichten‹ auf, doch blieb Gerlich seiner Bejahung des demokratischen Parlamentarismus prinzipiell treu. Er hält die Forderung nach Demokratie jedoch zunächst für zweitrangig, da es sich bei der

deutschen gehörte. Es bestanden meines Wissens während des Krieges und auch noch später ganze Ortsgruppen des Alldeutschen Verbandes, die überwiegend von linkliberal und später demokratisch eingestellten Mitgliedern gebildet waren«; ›Der Fall Dr. Fritz Gerlich‹, Illustrierter Sonntag Nr. 32 v. 9.8.1931, S. 6f.

¹⁵⁹Ein Exemplar der Schrift befindet sich beim Akt BayHStA II, MA 97541.

¹⁶⁰Gerlich an Traub, 12.10.1916, BA Koblenz, Nachlaß Traub 44.

Demokratie um ein »formales Prinzip der Regelung von Einflußnahme der Staatsbürger auf den Staat« handele¹⁶¹. Daß dieses Prinzip sich auch in Deutschland durchsetzen wird, hält Gerlich »im großen und ganzen für unumgänglich«¹⁶². Bedeutsamer, weil nicht formal sondern inhaltlich bedingt, erscheint ihm das Begriffspaar »konservativ« und »liberal«. Und bezüglich dieser Entgegensetzung votiert er für einen Ausgleich: »Prüfen wir die Ansprüche beider, so erkennen wir, daß beide einseitig sind, beide das Leben nur zur Hälfte, nicht in seiner Gänze erfassen. Das Leben selbst umfaßt beide Richtungen«¹⁶³. Politik ist demzufolge die Kunst Dinge zu verändern, ohne »verächtlich auf die Lebensgestaltung von gestern herabzuschauen«¹⁶⁴. Vorbild ist ihm hier, wie so oft, das politische Leben in England¹⁶⁵.

An dieser Stelle wird man nicht umhinkönnen, eine Modifikation im politischen Denken Gerlichs zu konstatieren. Das rasche Vortreiben politischer und sozialer Veränderungen steht nicht mehr im Mittelpunkt seiner Anschauungen, eine solche Entwicklung wird man aber weniger als Bruch, denn vielmehr als Reifung seines Verständnisses von Politik interpretieren müssen. Dies umso mehr als Gerlich die hier formulierten Vorstellungen nach dem Krieg keineswegs wieder beiseite gelegt, sondern sie in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus weiterentwickelt hat. Denn dies steht zweifellos fest: wer seine politischen Anschauungen zum Verhältnis von liberaler und konservativer Geisteshaltung in folgende Sätze kleidet, wird im Spektrum einer parlamentarischen Parteiendemokratie manche

¹⁶¹Vgl. den programmatischen Artikel »Konservativ oder liberal« in der »Wirklichkeit« Nr. 7 v. 13.4.1917, hier S. 68.

¹⁶²Ebd., S. 70.

¹⁶³Ebd., S. 72.

¹⁶⁴Ebd., S. 76.

¹⁶⁵Ebd., S. 75.

Position akzeptieren oder für sich übernehmen können, für radikale Umstürze steht er nicht zur Verfügung: »Die Geschichte hat aber als gütige Lehrmeisterin des Menschen uns ein Lehrbuch mit auf den Weg gegeben: Es sind die Leistungen der alten Welt und ihrer Denker. Lese man sie aufrichtig und man wird sehen, wie wenig neu alle jungen Probleme staatlichen und menschlichen Lebens sind, vor denen wir stehen, und man wird sehen, wie wenig lebensfähig alle Versuche sind, angefangen von Plato, die unter Nichtachtung der Natur des Menschen vermeinten, das Leben gängeln zu können«¹⁶⁶.

¹⁶⁶Ebd., S. 77.